Freitag, 4. August 1922. Einzelnummer 30 Mark. 61. Jahrgang. Nr. 173.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 400.—
in den Ausgabestellen 425.—
durch Zeitungsboten 450.—
am Postamt . . . 440.—
ins Ausland 50 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110, 3249.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 80.—M. Reklameteil 240.—M.
Für Aufträge aus Deutschland . 6.00 M. im Reklameteil 18.—M. in deutscher Mark

Telegrammadresse: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Mängel der neuen Wahlordnung.

Die neue Wahlordnung, welche in der vorigen Woche vom Sejm angenommen wurde, ist wohl eine der ungerechtesten, welche jemals in einem angeblich demokratischen Staatswesen gegolten haben. Außer den Listen der einzelnen Bezirke gibt es nach dieser Wahlordnung noch die sogenannten Staatslisten. Während auf die Bezirkslisten 372 Abgeordnete entfallen, kommen auf die Staats- oder Reichsliste 72 Mandate. Die Mandate der Reichsliste werden mit Rücksicht auf die in den Bezirken für die einzelnen Parteilisten abgegebenen Stimmen verteilt werden. Das Gerechte, das dem gesunden Menschenverstand Angemessene wäre nun natürlich eine Verteilung der Kandidatenposten der Staatsliste nach Maßgabe der Menge der in den Bezirken für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen. Es wäre auf diese Weise möglich, auch den kleinen Parteien, sowie den Volksminderheiten die zukommenden Mandate zu geben, indem man die in den einzelnen Bezirken für sie abgegebenen Stimmen zusammenzählte, um dann nach dem Verhältnisse der gesamten für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmenzahl die Mandate zu verteilen. So könnte selbst eine Partei, deren Stimmenzahl in keinem Bezirke hinreichte, um einen Abgeordneten durchzubringen, doch auf Grund sämtlicher zusammengezählter Stimmen ein Mandat der Staatsliste erhalten. Das wäre eine gerechte Wahlordnung, welche Zufriedenheit und Vertrauen zur Staatsregierung und zum Sejm, der auf Grund einer solchen Verordnung gewählt wäre, im Lande verbreiten würde.

Ganz anders aber haben es die rechtsstehenden Parteien des hohen Sejm der Republik Polen beschlossen. Es wird auf das Betreiben dieser Parteien so eingerichtet, daß nur diejenigen Parteien Anspruch auf ein Mandat aus der Reichsliste haben, die in den einzelnen Bezirken nicht weniger als 6 Mandate erhalten haben. Bleiben nun die Minderheiten vereinzelt, d. h. stellt jede von ihnen eine eigene Liste auf, so werden nach der Berechnung von Dr. von Behrens in der Lodzer Freien Presse vom 30. Juli in den Bezirkswahlen die Juden höchstens 7, die Deutschen 5, die Russen (d. h. Ruthenen und Weißrussen) in den Ostgebieten höchstens 8 bis 10 Mandate erhalten und die Deutschen im Wahlgange nach den Reichslisten überhaupt keine Abgeordneten durchbringen.

Auch bei den Bezirkswahlen wird es den nationalen Minderheiten unmöglich gemacht werden, die ihnen zukommende Zahl von Mandaten zu erhalten. Nach der von Dr. von Behrens in dem genannten Artikel der Lodz. Fr. Pr. werden die Minderheiten höchstens $^1/_8$ der Sejmvertretung, die ihnen von der vorgesehenen Mandatenzahl (200 von 444) zukommt, erhalten. Es sind nämlich von den Nationalisten unter Führung des Geistlichen Lutosławski sämtliche Bestimmungen der neuen Wahlordnung gesetzlich so festgesetzt worden, daß dadurch die Minderheiten in einer ganz raffinierten Weise benachteiligt und ausgeschaltet werden. Die Abgrenzung der Wahlbezirke ist so durchgeführt, daß die Landstriche mit starker deutscher Bevölkerung von den Grenzen durchschnitten werden und in jedem Wahlbezirk die Polen das Uebergewicht haben. Ferner hat man die Grenzbezirke dadurch benachteiligt, daß man die Wahlbezirke in ihnen größer gestaltet als im Innern des Landes. Statt 60 000 Wählern sollen die Grenzbezirke je 85 000 enthalten. Der Grund dieser Bestimmungen ist klar. Im Osten überwiegen Ruthenen, Weißrussen und Litauer, im Westen die Deutschen. Es soll verhindert werden, daß diese eine angemessene Vertretung im Sejm erhalten.

Der Geistliche Lutosławski hat offen erklärt, daß diese perfiden Bestimmungen den Zweck haben, die nationalen Minderheiten nicht aufkommen zu lassen. Diese Herren suchen Stimmung zu machen für ihr pseudo-demokratisches Wahlrecht dadurch, daß sie anläßlich der Ablehnung des Mißtrauensvotums für den Staatspräsidenten ein großes Geschrei erhoben, daß Juden und Deutsche die Absichten der Rechten vereitelt hätten und Piłsudski die Möglichkeit gäben, die polnische Öffentlichkeit weiter zu mißachten.

Bei der dritten Lesung des monströsen, schmählichen Wahlrechtes trat der jüdische Abg. Grünbaum im Namen der Minderheiten auf und erklärte, daß die Pläne der Rechten nicht gelingen werden. Im Gegenteil, die unerhörte Ungerechtigkeit der Wahlordnung zwinge die Minderheiten, sich zu einem Block der Minderheiten zu vereinigen. Dieser Block sei zwar noch keine ganz vollendete Tatsache, aber er sei schon nahezu perfekt. Es werde der Rechten unmöglich sein, in Polen gegen den Widerstand von 40 Proz. der Bevölkerung zu regieren.

Nach ihm sprach der Abgeordnete Zalewski aus dem Wilnaer Gebiet. Er erklärte den geistlichen Wahlrechtsfälschern, daß sie für Herrn Grünbaum und die deutsche Agitation in den Randgebieten arbeiteten.

Ein anderer gegen die Minderheiten gerichteter Schlag ist das Verbot der Verbindung der Listen. Es ist also nicht möglich, daß z. B. Deutsche und Juden in einzelnen Wahlkreisen ihre Listen verbinden, d. h. die Stimmen beider Parteien zusammenzuzählen und darnach die Zahl der Mandate bestimmen lassen, die dann proportional der Stimmenzahl von den Parteien selbst unter sich verteilt werden. Es bleibt also nur übrig die Blockbildung, d. h. der Zusammenschluß der Minderheiten über das ganze polnische Staatsgebiet hin und die Aufstellung je einer Liste durch diesen Block in allen Bezirken, die dafür in Frage kommen.

Die verblendeten Geistlichen beantworteten die Ausführung des Abg. Zalewski mit Spott. Aber vielleicht dürfte diese überlegene Stimmung nicht lange vorhalten. Je intensiver die sog. „Schwarze Rotte" auf eine Entrechtung der Minderheiten hinarbeiten wird, desto sicherer wird der Minderheitsblock in Erscheinung treten. Kein Deutscher, der es noch bewußtermaßen ist, der noch in seiner Nationalität, in seinem Volkstum ein wertvolles Gut erblickt, wird einen Augenblick zögern, sich an die Seite der Juden und Russen, welche sich in derselben schwierigen Lage im polnischen Staate befinden wie wir Deutschen, zu stellen.

Aber vielleicht wird der unzeitige Hohn der Nationaldemokraten, die natürlich vor Gift und Galle kochen über ihren mißglückten Anschlag auf Pilsudski, sich einst in Betrübnis verwandeln, wenn erst die Wahlergebnisse vorliegen. Gar mancher Wähler, der den Nationaldemokraten nur deshalb seine Stimme gab, weil er sie für Hüter von Gesetz und Ordnung hielt, wird jetzt abschwenken, wo er gesehen hat, daß sie durch einen Sturz des Staatspräsidenten Chaos und Unordnung über das Land bringen wollten, daß sie nach einer Gewaltherrschaft unter Führung eines notorischen Unruhestifters, eines mutmaßlichen Doppelspions, wie Korfanty, strebten.

Nach den Worten des „Robotnik" in seiner Nummer vom vorigen Sonnabend soll im allgemeinen die Grundlage der Wahlen das Verhältnis der Mandate zu den Stimmen der Wähler sein, d. h. die Zahl der Mandate der einzelnen Parteien soll sich proportional verhalten wie die Zahl der Stimmen, die für diese Parteien abgegeben sind. In diesem unerhörten System, so äußert der „Robotnik", schwindet jedes Verhältnis der Mandate zu den Stimmen, hier erhält das Mandat ein neues Mandat. Man wandte hier nicht ein Wahlsystem, sondern ein Wuchersystem an, das im Einvernehmen steht mit der Formel des Wuchers bei Aristoteles: „Das Geld schafft Geld". Man mache sich doch einmal die Folgen dieser widersinnigen Wahlordnung klar. Nehmen wir an, in einem Wahlkreise von 85 000 Stimmen stimmten 6000 Wähler für die deutsche Liste, in 9 anderen Kreisen erlangen die Deutschen 6000, 10 000, 3000, 2000, 7000, 5000, 12 000, 6000, 1500 Stimmen, in allen 10 Kreisen zusammen haben die Deutschen also 57 500 Stimmen, in keinem Kreise jedoch gelangen sie zu einem Mandat, da überall eine der polnischen Parteien den Sieg davonträgt. In 6 von den 10 herausgegriffenen Wahlkreisen erhalten die Nationaldemokraten ein Mandat. Nun erhalten diese wider Gesetz und Billigkeit, weil sie schon 6 Mandate haben, noch ein Mandat der Staatsliste hinzu, während die 57 000 deutschen Stimmen, die sich über die 10 Wahlkreise verteilen, leer ausgehen und ohne jede Vertretung ihrer Interessen bleiben. Ja, es kommt dahin, daß diesen die Gesetze, nach deren sie regiert werden, von ihren erbittertsten Feinden gemacht werden.

Daß ein Staat, dessen Volksvertretung nach einem so unsinnigen perfiden Wahlsystem gewählt wird, keine innere Festigkeit gewinnen kann, daß er für seine innere wie äußere Entwickelung den größten Gefahren ausgesetzt ist das dürfte jedem Denkenden klar sein.

Die Ursachen der Demission des Kabinetts Ponikowski.

Auf Grund eines eigenen Drahtberichts aus Krakau meldet die „Kattowitzer Zeitung" folgendes: „Wie jetzt bekannt wird, bewahrt man über die Gründe der Krise, die vor zwei Monaten ausgebrochen ist, jetzt kein Stillschweigen mehr, seitdem sie nun beendet ist. Über die Sitzung in Belvedere vom 2. Juni wird nun erzählt, daß das Staatsoberhaupt auf Grund von geheimen Akten über die innere und äußere Politik schwere Bedenken hatte, die Minister zu sich berief und ihnen klarlegte, daß die Situation eine Änderung ihres bisherigen Kurses erfordere. Er hat den einzelnen Ministern in freundschaftlicher Weise die Fehler, die seiner Meinung nach in den einzelnen Ministerien vorkamen, auseinandergesetzt. Dem Minister des Äußern, Skirmunt, hat er vorgehalten, daß er in seiner äußeren Politik eine viel zu pazifistische Stellung einnehme, was er besonders in Genua getan hat und was dort zu einer Trübung des Verhältnisses zu Frankreich geführt hat, ohne daß dafür eine Besserung der Verhältnisse zu jenen andern Staaten eingetreten wäre, die einen Ersatz für Frankreich hätten bilden können. Er hat von Skirmunt ein energisches Auftreten verlangt. Dem Finanzminister Michalski hat das Staatsoberhaupt vorgeworfen, daß gar kein Plan für die Reorganisation des Steuerwesens bestehe und daß ein solcher Plan im umfassendsten Umfange gemacht werden müßte. Dem Minister des Innern wurden verschiedene Raubzüge und das Banditenunwesen vorgeworfen und ein energisches Eingreifen verlangt. Den Postminister Steslowicz hat das Staatsoberhaupt auf die vollständige Unvollkommenheit des Postwesens aufmerksam gemacht. Das Staatsoberhaupt hat alle diese Vorhaltungen in ruhigstem Tone vorgenommen, und die Minister haben sich entfernt, ohne daß es zu einer Auseinandersetzung gekommen wäre und waren fest entschlossen, die beanstandeten Mißstände zu prüfen. Steslowicz aber hat unter den Ministern solange agitiert, bis sie erklärten, daß sie die Kritik des Staatsoberhauptes als Beleidigung auffaßten und gegen alle Erwartung des Staatsoberhauptes die Demission einreichten.

Das Interessanteste an dieser Angelegenheit ist nun, daß derjenige Minister, der nach der vorstehenden Schilderung, die aus sehr authentischer Quelle stammt, den größten Anteil an dem Zusammenbruch des Kabinetts Ponikowski hatte, auch in dem neuen Kabinett wieder in seiner alten Stellung figuriert."

Falls die gegebene Darstellung den Tatsachen entspricht, so wäre also Piłsudski ganz und gar unschuldig an der Krise, und diese wäre auf die gekränkte Eitelkeit des Postministers zurückzuführen. Daß Piłsudskis Kritik an der Unvollkommenheit des Postwesens völlig berechtigt war, kann wohl jeder, der in größerem Umfang mit der Post zu tun hat, bestätigen.

Eine Unterredung mit Piłsudski.

Warschau, 3. August. Die vorgestrige „Rzeczpospolita" veröffentlichte eine Unterredung des Korrespondenten vom „Manchester Guardian" mit Josef Piłsudski. Der Staatspräsident sagte das Folgende: Ich nahm an, daß am meisten England über unsere politischen Vorgänge informiert sei, muß aber gegenwärtig feststellen, daß die Sachlage sich anders darstellt. Wenn auch die bisherige Arbeit noch nicht zu Ende geführt worden ist, so gelangt Polen langsam aus dem Chaos heraus, in das es die Okkupanten stürzten. Der Staatspräsident zitierte eine Reihe von Tatsachen, welche beweisen, daß Fortschritte im Wirtschaftsleben und auf den Eisenbahnen zu verzeichnen sind. Darauf sprach er von den Anklagen gegen Polen im Westen und über seinen Militarismus. Diese Anklagen sind gefälscht. Es sind Märchen. Wir wünschen den Wiederaufbau des Landes und wollen stufenweise an ihm arbeiten. Das Bestreben Polens ist es, den Frieden mit allen unsern Nachbarn aufrecht zu erhalten. Am besten beweist dies die Demobilisierung von 800 000 Soldaten. An die Aufnahme neuer feindlicher Schritte denkt kein Mensch. Wenn auch Rußland nicht aufhört, die kommunistische Agitation zu verbreiten, so hält Polen doch mit Rußland friedliche Beziehungen aufrecht. Dem Wiederaufbau Rußlands steht der Staatspräsident pessimistisch gegenüber.

Eine Unterredung mit Dr. Nowak.

Der neu ernannte Ministerpräsident Dr. Nowak gewährte einem Mitarbeiter des Krakauer „Kurjer Codzienny" ein Interview, in dem er die Gründe darlegte, aus denen er sich entschlossen hatte, in dieser schwierigen Zeit den Posten als Ministerpräsident zu übernehmen. Dr. Nowak erklärte, daß die dringendste Staatsnotwendigkeit ihn bewogen hätte, sich so weit zu exponieren. Er tue des aus reiner Liebe zum Vaterlande. Vor allem aber halte er es für seine Pflicht, die Wahlen unparteiisch und gerecht durchzuführen.

Eine Charakteristik Dr. Nowaks.

Da die politische Tätigkeit des gegenwärtigen Ministerpräsidenten und ebenso seine Person völlig unbekannt sind, so wird es wohl angebracht sein, eine Charakteristik seiner Person und seiner Tätigkeit hier anzuführen, die wir dem Krakauer „Czas" entnehmen. Die Kandidatur des Dr. Nowak ist eine Kandidatur von gemäßigtem Charakter. Er ging aus den Reihen der nationalen Rechtsparteien hervor, zu deren Vorstand er seit einer Reihe von Jahren gehört, also aus dem konservativen Lager. Er bekennt sich aber zu einem aufgeklärten Konservatismus. **Er ist frei von jedem Radikalismus und jeder Demagogie.** Er rechnet mit den Bedürfnissen der Zeit und zeichnet sich vor allem durch politischen Realismus aus. **Seine langjährige Tätigkeit in der Stadtverordnetenversammlung und der** städtischen Verwaltung und zahlreicher landwirtschaftlicher und Industrieunternehmen ist bekannt, vor allem aber ist er eine hervorragende Persönlichkeit im wissenschaftlichen Lehrfach. Diese seine Tätigkeit zeigte seine Vorzüge als die eines ausgezeichneten Arbeiters auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens. Mit der Politik hat er sich bisher direkt und aktiv nicht befaßt. Er bringt aber die Erfahrungen eines erstklassigen Organisators und Verwalters auf allen Lebensgebieten mit, in denen es ihm bisher vergönnt war, tätig zu sein. Seine persönlichen Vorzüge, seine Energie, seine Arbeitsamkeit, seine Ruhe, sein kaltes Blut und **sein Verständnis für die Anschauungen anderer Personen und anderer Parteien** sind eine ernste Bürgschaft dafür, daß er der schwierigen Aufgabe, die ihn erwartet, gewachsen ist.

Das neue Kabinett.

Gestern um 11 Uhr vormittags fand die erste Ministerratssitzung des neuen Kabinetts unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Nowak statt. Die Sitzung dauerte 1½ Stunden. Man befaßte sich nur mit der Programmrede, die der Ministerpräsident heute halten wird. Die Regierungserklärung ist kurz und wird höchstwahrscheinlich nur eine Viertelstunde dauern. Die Diskussion über die Aussprache wird sofort stattfinden. Da die Linke sich auf eine kurze Erklärung beschränken wird, die ihren Standpunkt gegenüber dem Kabinett bestimmt, wird die Aussprache aller Wahrscheinlichkeit nach heute noch beendet werden. Die Christlichdemokraten sollen die Absicht haben, einen Antrag einzubringen, der der neuen Regierung ein Mißtrauensvotum aussprechen soll. Ein Antrag von seiten der Linken wird nicht erwartet. Die Nationaldemokraten sollen sich bemühen, die Bürgerliche Vereinigung und die Katholische Volkspartei auf ihre Seite zu ziehen, was natürlich eine neue Krise bedeuten würde. Gestern früh zeigte sich in der Rechtspresse eine Notiz, die dahin lautete, als ob diese beiden Parteien gegen die Regierung vorgehen wollten, und zwar aus dem Grunde, weil sich in dem Kabinett Nowak überwiegend Mitglieder der früheren Regierung Śliwiński befinden. Diese Nachricht soll jedoch nicht den Tatsachen entsprechen, da beide Parteien erst auf heute eine Sitzung einberufen haben, auf der sie eine endgültige Entscheidung in dieser Richtung treffen wollen. Es ist doch wohl anzunehmen, daß die Regierung Nowak heute ihr Vertrauensvotum erhält. Der Ministerpräsident wartet das Ergebnis seiner Programmrede ab und hat deshalb die Regierungsgeschäfte noch nicht voll übernommen. Gestern 6 Uhr nachmittags begab sich die Regierung in ihrer vollen Zusammensetzung in den Belvederepalast, wo sie sich dem Staatspräsidenten vorstellte.

Eine neue polnische Note an Sowjetrußland.

Moskau, 3. August. Der „Przegląd Wieczorny" meldet, daß die polnische Regierung am Dienstag unter Vermittelung der Gesandtschaft in Moskau der Sowjetregierung schon die vierte Note unterbreitet hat, die Überfälle bewaffneter russischer Banden ins Grenzgebiet Polens betrifft. Diese Note betrifft jedoch nicht neue Tatsachen, sondern antwortet auf die Darlegungen der Sowjetregierung, die die polnische Regierung als unzureichend ansieht. Der Note ist ein Anhang beigefügt, der die einzelnen Ergebnisse der von polnischen Zivil- und Militärbehörden durchgeführten Untersuchungen enthält.

Die Antwort Bayerns.

Berlin, 2. August. Der von Lerchenfeld bearbeitete Entwurf der Antwort Bayerns auf den Brief des Reichspräsidenten ist heute vom bayerischen Ministerrat mit Vorbehalt des Einverständnisses der Koalitionsparteien angenommen worden. Die Antwort ist so abgefaßt worden, daß einerseits die Möglichkeit weiterer Verhandlungen genommen, andererseits aber im allgemeinen ein versöhnlicher Ton angeschlagen wird. Im wesentlichen verharrt die bayerische Regierung auf ihrem bisherigen Standpunkt und fordert Garantien bezüglich der souveränen Rechte der einzelnen Verbandsstaaten, besonders auf polizeilichem und juristischem Gebiete. In einigen Kreisen ist man der Meinung, daß das einzige Zugeständnis Bayerns die Zustimmung zu einem besonderen bayerischen Gerichtshof auf Grundsätzen des Staatsgesetzes sein wird.

Die Erweiterung des bayerischen Regierungsklubs stößt auf sehr große Schwierigkeiten, da die bayerische Bauernpartei sich der Hinzuziehung der deutschen Nationalisten widersetzt. Andererseits will die Bayerische Volkspartei von dieser Forderung nicht abweichen, so daß man keinen anderen Ausweg finden könne, als die Auflösung des bayerischen Landtages, obwohl auch dieser Ausweg nicht sehr bequem ist, da nach der Verfassung der Landtag nur durch einen eigenen Beschluß einer Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit von ¾ aller Abgeordneten aufgelöst werden kann.

Aus Deutschland.

„Berliner Lokalanzeiger" auf 3 Wochen verboten.

Berlin, 1. August. Der „Berliner Lokal-Anzeiger" ist heute abend vom preußischen Minister des Innern Severing auf drei Wochen verboten worden. Den Grund des Verbotes bildet ein Münchener Bericht des Blattes über eine angebliche geheime Versammlung der Aktionsausschüsse der Unabhängigen und Kommunisten im Berliner Gewerkschaftshause, an der auch zwei Vertreter Sowjetrußlands teilgenommen haben sollen. „Die deutsche Revolution solle endlich weitergetrieben werden, und zu diesem Zweck solle durch Mitwirkung der deutschen Reichsregierung vor dem Ausbruch des Kampfes die Rechte entwaffnet werden. Ein Abgeordneter des Moskauer Generalstabes sei bereits in Berlin in einer Eisenbahnkommission untergebracht. Die Reichsregierung habe sich entschlossen, an diesem Plane mitzuwirken. Das Gesetz zum Schutz der Republik sei eine siegreiche Etappe der vorwärtsschreitenden Weltrevolution, und es sei gelungen, Dr. Wirth davon zu überzeugen, daß nur die Bildung einer reinen Arbeiterregierung den Ausbruch der Gegenrevolution verhindern könne. Nur der Block Bayerns sei zu zerstören, und deshalb muß Bayern diskreditiert werden."

Von amtlicher Stelle wird dieser Bericht als völlig frei erfunden und als frivole Giftmischerei bezeichnet. Durch diesen Bericht soll die Reichsregierung als Mitverschworene der Internationalen Revolution denunziert und die bayerische Regierung als Wahrerin der deutschen Einheit hingestellt werden.

Berlin, 3. August. Wie noch gemeldet wird, hat der „Lokal-Anzeiger" die Meldung, wegen deren er für drei Wochen verboten wurde, dem „Bayerischen Kurier", dem Hauptorgan der bayerischen Regierung, entnommen und durch die Überschrift „Kommunistische Hoffnungen" angedeutet, daß er den Inhalt nicht für bare Münze nahm. Aus diesem Grunde verurteilt die gesamte bürgerliche Presse das Berliner Verbot.

Wirth erhält Drohbriefe.

Wien, 2. August. Die „Neue Freie Presse" meldet aus Berlin, daß der Reichskanzler Wirth fortwährend Drohbriefe erhalten soll. Wirth soll einem seiner Freunde erklärt haben, daß er auf alles vorbereitet sei.

Ludendorff gegen den Bolschewismus.

Berlin, 1. August. Der Vertreter der „New Herald" hatte eine Unterredung mit Ludendorff. Der Inhalt dieser Unterredung ist im allgemeinen derselbe wie der früherer Unterredungen. Ludendorff wiederholte seine Ansicht, daß die einzige Rettung Europas vor dem Bolschewismus die Hilfe Amerikas sei. Eine weitere Bedingung ist die Herabsetzung der Reparationen. Ferner ist es nach der Ansicht Ludendorffs gleichgültig, ob die Deutschen ein republikanischer oder monarchistischer Staat sein werden. Ludendorff fordert wieder auf, daß Deutschland, Frankreich und England ihre Kräfte zusammenraffen, um das russische Volk von der Knechtschaft des Bolschewismus zu befreien.

Deutschlands Bankerott.

Wortlaut der letzten Antwortnote.

Berlin, 1. August. (Tel.-Un.) Die französische Regierung hat, wie mitgeteilt wurde, am 26. Juli 1922 das deutsche Ersuchen vom 14. Juli 1922 um Herabsetzung der Barzahlungen im Ausgleichsverfahren und das Urteil der gemischten Schiedsgerichte Artikel 297e abgelehnt.

Die Antwortnote der deutschen Regierung auf diese französische Note hat folgenden Wortlaut:

Berlin, 31. Juli 1922. Herr Ministerpräsident! Ich beehre mich, den Empfang der Note Ew. Exzellenz vom 26. Juli 1922 zu bestätigen. Das Abkommen über die Ausgleichszahlungen vom 10. Juni 1921 ist von Deutschland nicht mit einzelnen Mächten, sondern mit der Gesamtheit der beteiligten alliierten Regierungen abgeschlossen worden. Demgemäß ist die Note der deutschen Regierung vom 14. Juli d. Js., wie der französischen Regierung bekannt ist, gleichzeitig an die anderen hauptbeteiligten Mächte gerichtet worden. Die deutsche Regierung kann über ihre weitere Stellungnahme aus diesem Grunde sich erst schlüssig werden, wenn sich alle beteiligten Regierungen geäußert haben. Eine andere Haltung ist ihr auch angesichts der in ultimativer Form angedrohten, nicht näher bezeichneten Maßnahmen Frankreichs nicht möglich.

Indem sich die deutsche Regierung ein weiteres Eingehen auf die Sache vorbehält, bemerkt sie schon jetzt: Die Zahlungen, die Deutschland im Ausgleichsverfahren und aus Artikel 197e leisten muß, können letzten Endes nur aus derselben Quelle geschöpft werden, wie die Reparationszahlungen, gleichviel ob es sich um Schulden des Reiches oder um Privatschulden handelt. In beiden Fällen bleibt die Notwendigkeit der Herausnahme von Devisen aus der gesamten deutschen Volkswirtschaft die gleiche und für die Wirkungen dieser Operationen auf den Markkurs ist es ohne Bedeutung, an welcher Stelle und auf Grund welcher Paragraphen die Zahlung erfolgt. Wenn die deutsche Volkswirtschaft die Entziehung von monatlich 50 Millionen Goldmark für Reparationszahlungen nicht tragen kann, so wäre es eine Illusion zu glauben, daß die Ausgleichszahlung von fast 40 Millionen Goldmark monatlich weiterhin aufgebracht werden kann. Alle diese Leistungen können nur als ein einheitliches Ganzes betrachtet und in einem einheitlichen Plan behandelt werden. Der deutsche Antrag, der nicht eine Kürzung der Ausgleichszahlungen, sondern lediglich ihre Verteilung auf einen längeren Zeitraum bezweckt, beruht auf denselben Gründen, die für die deutsche Regierung bei ihrem Antrag auf Gewährung eines Moratoriums für die Reparationszahlungen maßgebend gewesen sind, nämlich der derzeitigen Erschöpfung der Fähigkeit Deutschlands zu Zahlungen in ausländischer Währung, die in dem katastrophalen Niedergang der Mark deutlich zum Ausdruck kommt. Inzwischen ist nach dem Eingang der Note Ew. Exzellenz ein neuer Sturz der deutschen Währung eingetreten und die Mark bis auf 1/100 ihres Friedenswertes gesunken. Deutschland macht alle Anstrengungen, seine aus dem Kriege entstandenen Verpflichtungen zu erfüllen. Hierzu ist aber vor allem die Gesundung seiner Volkswirtschaft notwendig. Diese wirtschaftliche Wiederherstellung wie die ganz Europas kann jedoch nur erfolgen durch die alsbaldige solidarische Zusammenarbeit aller beteiligten Mächte. Eine Politik der Drohungen wirkt nicht wiederaufbauend, sondern zerstörend.

(gez.) Wirth.

Poincaré droht mit Zwangsmaßnahmen.

Paris, 1. August. Die gestern in Paris überreichte deutsche Note ist bereits heute von Poincaré beantwortet worden. Die französische Note droht die Anwendung von Zwangsmaßnahmen für die Nichterfüllung der französischen Forderungen an.

Die Note weist darauf hin, daß das Abkommen über den Ausgleichsverkehr zwischen Deutschland und den verschiedenen verbündeten Mächten beschlossen worden sei. Abänderungen könnten nur auf Grund gemeinsamer Übereinkommen der unterzeichneten Mächte geschehen. Frankreich habe bereits mitgeteilt, daß es die in der deutschen Note vom 14. Juli angekündigten Änderungen nicht eintreten lassen wolle. Frankreich habe das Recht, zu verlangen, daß vor dem 5. August, mittags, die Versicherung gegeben werde, daß die Pauschalsumme von 2 Millionen Pfund Sterling am 15. August bezahlt werde. Würde diese Zusicherung nicht gegeben, so habe Frankreich das Recht, die Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, die es für nötig erachtet. Diese würden vom 5. August ab zur Ausführung gebracht. Die Regierung der französischen Republik glaube nicht, daß sie es nötig habe, bereits jetzt den vollständigen Plan bekannt zu geben, den sie hierfür ausgearbeitet hat.

Zu der gestrigen deutschen Note wird noch bemerkt, daß die deutsche Regierung keinerlei Anstrengungen mache, die Zahlung der Summe zu sichern, die von den deutschen Privatschuldnern an die verbündeten Ausgleichsämter abzuführen sind. Diese Privatleute hätten durch Ankäufe von Auslandsdevisen zu dem gegenwärtigen Sturze der Mark beigetragen.

Bestürzung in England.

London, 31. Juli. Der neue Sturz der Mark auf 3130 hat heute früh sowohl in der City als auch im Auswärtigen Amt Befürchtungen hervorgerufen. In der City schreibt man diesen Sturz der Erhöhung des Reichsbankdiskonts auf 6 Prozent zu, aber politisch betrachtet man den Sturz als die Folge der Berliner Veröffentlichung der letzten französischen Note an Deutschland. Lloyd George ist so bestürzt, daß er seine Ferien in der Nähe Londons verbringen wird, denn es besteht die Furcht, daß Frankreich versuchen wird, allein gegen Deutschland vorzugehen, falls dieses sich das Moratorium eigenmächtig nehmen würde. Immerhin betrachtet man den Besuch Poincarés in London als eine Aussicht, Frankreich und England zu einer gemeinsamen Haltung Deutschland und dem Reparationsproblem gegenüber bestimmen zu können.

Furcht vor Luftangriffen.

London, 1. August. Im Unterhause wurde gestern von verschiedenen Seiten verlangt, Lloyd George müsse endlich erklären, was die englische Regierung mit Bezug auf die Verteidigung des Landes in der Luft zu tun gedenkt. Der Premierminister antwortete, daß über dieses Problem heute beraten worden sei und daß vor der endgültigen Lösung noch mehrere Sitzungen notwendig seien. Die Angelegenheit habe die ernsteste Aufmerksamkeit der Regierung, und er verspreche, daß die Lösung ohne jede Verzögerung getroffen werde.

Auch Belgien mit Frankreich unzufrieden.

Nach dem „Petit Journal" hat Belgien beschlossen, gegen die Note Poincarés bei der Reparationskommission Einspruch zu erheben. Belgien begründet diesen Einspruch damit, daß es sich um eine interalliierte Frage handelt, in der Frankreich nicht auf eigene Faust Forderungen aufstellen kann. Belgien betont weiter, daß die französischen Forderungen die Prioritätsrechte Belgiens in Frage stellen. Die belgische Regierung hebt hervor, daß die Reparationskommission nach dem Vertrage von Versailles ein Recht auf alle deutschen Einnahmen besitzt und daß etwa verfügbare Mittel Deutschlands in erster Linie für die eigentliche Reparation zu beanspruchen seien. Belgien ersucht die Reparationskommission, die Begleichung der Forderungen französischer Privatgläubiger in gleicher Weise zu untersagen, wie das bei den sonstigen Auslandszahlungen Deutschlands geschehen ist.

Antwort der belgischen Regierung auf das deutsche Stundungsgesuch.

Berlin, 1. August. (Tel.-Un.) Außer der französischen Regierung hat nunmehr auch die belgische Regierung auf das deutsche Gesuch um Zahlungsstundung für die Ausgleichszahlungen und Zahlungen aus den gemischten Schiedsgerichten geantwortet. Die Antwort hat folgenden Wortlaut: „Die belgische Regierung wird sich über den Antrag auf Herabsetzung der zu zahlenden Entschädigungssumme sowie über den Antrag auf Gewährung eines Moratoriums äußern. Sie bestätigt schon jetzt ihren Willen, den Reparationszahlungen gemäß dem Vertrage das Vorrecht vor allen übrigen Lasten des Reiches zu geben.

Besprechungen am 7. August.

Berlin, 2. August. (Tel.-Un.) Zu der Auseinandersetzung zwischen Lloyd George und Poincaré erfährt die Tel.-Union von politisch unterrichteter Seite, daß ein kurzes Zusammentreffen vor dem 15. August für möglich gehalten wird. Als Datum wird der 7. August genannt. Alsdann soll die Frage der gesamten Reparationen kurz zur Sprache kommen, aber die endgültige Erledigung auf einen späteren Zeitpunkt hinausgeschoben werden. Falls Lloyd George mit einem Zusammentreffen vor dem 15. August nicht einverstanden sein sollte, wird damit gerechnet, daß die Reparationskommission als zuständig für den Erlaß eines vorläufigen Moratoriums angesehen werden wird. Wie bekannt, findet sich in der Reparationskommission eine Mehrheit, die dem englischen Standpunkte in dieser Angelegenheit im wesentlichen entsprechen würde.

London, 2. August. Maßgebende Kreise versichern, daß auf der Londoner Konferenz, die am 7. d. Mts. stattfinden soll, nur die Entschädigungsfrage Gegenstand der Beratungen sein wird. Die Londoner Beratungen werden nur der Beginn einer nachfolgenden Konferenz mit bedeutend erweitertem Programm darstellen.

Zwischen England und Frankreich keine Einigung.

Paris, 2. August. Zur Frage der Londoner Reise Poincarés wurde heute abend an amtlicher französischer Stelle erklärt, das Quai d'Orsay habe durch den französischen Botschafter in London noch einmal um Angabe des Datums bitten lassen, an welchem Lloyd George den französischen Ministerpräsidenten erwarte. Nach einer Reutermeldung hat Lloyd George Poincaré eingeladen, sich mit ihm am 7. August in London zu treffen. — Die „Information" hat ihren außenpolitischen Mitarbeiter Prof. Georg Scelle nach London entsandt, um dort die Aussichten für eine französisch-englische Verständigung zu untersuchen. Scelle berichtet heute, er habe den Eindruck gewonnen, daß es keinen Zweck habe, die Zusammenkunft der beiden Ministerpräsidenten zu überstürzen. Der Augenblick für eine völlige Einigung scheine noch nicht gekommen zu sein. England sei entschlossen, für seine finanziellen Opfer französische Zugeständnisse politischer und militärischer Art, besonders am Rhein, zu fordern, zu deren Bewilligung die öffentliche Meinung Frankreichs keineswegs bereit sei. Frankreich dagegen mache seine Zustimmung zu einem Moratorium für Deutschland von zwei Bedingungen abhängig, die von der öffentlichen Meinung Englands einmütig abgelehnt werden, nämlich Herstellung einer strengen Finanzkontrolle und Aufrechterhaltung des Rechtes zur Verhängung von Sanktionen. Scelle hält eine Annäherung zwischen dem englischen und dem französischen Standpunkte für möglich, bezeichnet es aber als geboten, vorläufig eine Betonung der Meinungsverschiedenheiten zu vermeiden. — Im Gegensatz dazu erklärt der „Temps" es im Sinne des französischen Regierungsstandpunktes für dringend notwendig, daß die Verbündeten sich so schnell

Die Erben von Senkenberg.

Kriminal-Roman von Erich Ebenstein.

Amerikanisches Copyright 1918 by Greiner u. Co., Berlin W. 30.

(59. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Uebrigens wußte Trine nicht, daß Eberhard von Lavandal aus dem Hintergrunde die Flucht leitete und sich in einem anderem Hotel versteckt hielt. Dies erfuhr sie erst von ihrer Nachfolgerin, der Bardolf, viel später. Frau von Senkenberg hatte ihr gesagt, sie verlasse ihren Mann nur darum, weil er sie „schlecht behandele", was Trine kritiklos glaubte.

Trine verließ Wien nicht, sondern suchte sich zunächst dort einen anderen Dienst!

Eines Tages begegnete sie zufällig der Bardolf mit dem kleinen Senkenberg.

Sie war erstaunt. Wie — die gnädige Frau sei nicht nach Deutschland gereist?

Nein. Die Bardolf erzählte, sie wohne mit ihr und dem Kinde als Afterpartei bei einer Frau Eisler."

„Eisler? Sagtest Du Eisler?" unterbrach Wasmut den Sprecher lebhaft, denn die Geschichte fing plötzlich an, ihn zu interessieren.

„Jawohl. Margarete Eisler, die damals nach dem Konkurs ihres Mannes sich mit Zimmervermieten ein Nebeneinkommen schuf. Bei ihr wohnte „Flora Miller samt Kind und Kammerfrau aus Prag."

Trine verriet, da sie es mit ihrem Eid sehr genau nahm, der Bardolf den wahren Namen ihrer Herrin nicht. Aber sie nahm sich vor, an ihrem nächsten freien Sonntag die einstige Gebieterin bei Frau Eisler aufzusuchen. Inzwischen erkrankte ihre eigene Herrin, mußte nach dem Süden und nahm Trine dahin mit.

Monate vergingen, ehe sie nach Wien zurückgingen. Als sie dann viel später einmal Zeit fand, zu Frau Eisler zu gehen, war diese längst ausgezogen, und in der großen Mietskaserne, wo sie gewohnt hatte, kümmerte sich eins um das andere nicht. Man wußte nicht, wo sie hingezogen sei.

Weitere Nachforschungen zu pflegen, war Trine zu indolent. Viele Jahre lang hörte sie gar nichts mehr von Frau von Senkenberg und dem Kinde, bis ein Zufall sie wieder mit der Bardolf zusammenführte.

Die Bardolf, die Witwe gewesen, hatte nämlich zum zweitenmal geheiratet. Einen gewissen Hublak, der Steward auf Lloydschiffen war. Sie reiste einige Jahre mit ihm herum und wurde dann zum zweitenmal Witwe. In ihre Heimat, wo sie kaum mehr Beziehungen besaß, wollte sie nicht gehen und war ziemlich ratlos in bezug auf ihren künftigen Aufenthaltsort, als ein Bruder ihres zweiten Mannes ihr schrieb, sie möge doch zu ihm als Wirtschafterin kommen.

Er war Pfarrer einer kleinen Landgemeinde in Nordböhmen, nahe bei Dauba. Sie ging auf den Vorschlag ein. So führte das Schicksal sie wieder mit Trine zusammen, die ja in Dauba verheiratet war. Sie sahen sich nicht oft, und die Hublak erfuhr auch jetzt den wahren Namen ihrer Herrin nicht, denn Trine hielt sich durch ihren Eid immer noch gebunden. Immerhin sprachen sie zuweilen von „Flora Miller" und hätten gern gewußt, was aus ihr geworden war!"

„Wenn Trine Nowak sich durch ihren Eid gebunden fühlte, warf hier Wasmut ein, „wie hast denn Du sie dann zum Sprechen gebracht?"

„Sehr einfach. Ich wußte doch von Peter Mark, daß sie Frau von Senkenberg begleitet hat auf der Flucht. Und als ich ihr erst begreiflich machte, welches Unheil sie durch ihr Schweigen gestiftet habe, sagte sie mir ganz willig, was sie wußte!"

„Bitte, erzähle weiter. Ich sehe ja schon, wohin der Hase läuft — hoffentlich hast Du von der Hublak auch eine beglaubigte Aussage, die Beweiskraft besitzt?"

„Ja. Hier ist sie. Natürlich handelt es sich hier um „Flora Miller", denn die Hublak kannte Frau von Senkenberg nur unter diesem Namen. Da aber durch Trines Aussage die Identität beider Namen festgestellt ist —"

„Ja. Gewiß. Daran kann kein Zweifel bestehen. Es handelt sich jetzt übrigens nur mehr um das Kind. Nahm es die Mutter mit auf ihre Reise oder ließ sie es zurück?"

„Sie ließ es bei der Eisler. Flüchtig und oberflächlich, wie sie gewesen sein muß — nur bedacht auf ihre eigene Interessen, wahrscheinlich auch beeinflußt durch Lavandal, handelte sie eben so herz- wie gewissenlos an dem Kinde. Ihr Interesse erheischte, die Spuren ihrer Flucht möglichst zu verwischen und den Aufenthalt des Kindes so lange geheim zu halten bis ihr Gatte auf ihre Bedingungen eingegangen war. Die Eisler und die Hublak kannten sie nur als „Flora Miller." Als diese verschwand sie eines Tages spurlos. Sie ließ einen Brief zurück, worin sie Frau Eisler beschwor, das Kind für die beigelegte Summe in Pflege zu behalten, bis sie weitere Verfügungen getroffen. Sie selbst müsse eine weite Reise antreten, von der ihre künftige Existenz abhänge. Sobald ihre Verhältnisse es gestatteten, würde sie das Kind durch eine Vertrauensperson abholen lassen. Die Kammerfrau sei zu entlassen. Der Lohn für ein halbes Jahr lag bei.

Einige Tage später kam noch ein Brief aus Hamburg. Das Kind besitze keine Verwandten mehr, niemand als sie, die Mutter, habe ein Anrecht daran. Frau Eisler möge also keinerlei Schritte bei der Polizei unternehmen, sondern den kleinen Felix ruhig bei sich behalten, bis die Mutter weitere Verfügungen träfe, was längstens binnen einem halben Jahre geschehen würde. Das ziemlich reich für ein volles Jahr berechnete Kostgeld habe sie ja ohnehin zurückgelassen.

Dies war die letzte Nachricht von „Flora Miller."

Frau Eisler, die kurz vorher ihr einziges Kind durch den Tod verloren und vom ersten Augenblick an tiefes Mitleid mit dem von der Mutter so nebensächlich behandelten Kleinen empfunden hatte, pflegte ihn wie ein leibliches Kind.

(Fortsetzung folgt.)

wie möglich über die Reparationsfrage und über die Orientfragen aussprechen.

Große Meinungsverschiedenheiten im Garantiekomitee.

Paris, 2. August. Die äußerst schwierige Redigierung des Berichtes über die Berliner Tätigkeit des Garantiekomitees konnte wegen der großen Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern noch nicht zum Abschluß gebracht werden. Die Arbeit wird, nach dem „Temps", so aktiv wie möglich fortgesetzt. Man hofft, daß der Bericht noch im Laufe dieser Woche der Reparationskommission unterbreitet werden kann. — Der Inhalt der französischen Note über die Ausgleichszahlungen ist bisher noch nicht bekanntgegeben worden. Die Pariser Blätter haben bis jetzt noch nicht einmal die Mitteilungen, die am 28. Juli der deutschen Presse zugestellt worden sind, wiedergegeben. Der „Temps" hat in seinem Sonntags-Leitartikel der deutschen Regierung in wunderlicher Verkennung der ungeheuren öffentlichen Bedeutung der Frage einen Strick daraus drehen wollen, daß sie den Inhalt der „in privaten Formen behandelten" französischen Note veröffentlicht und dadurch „eine neue Hetze gegen Frankreich" veranlaßt habe. Was der „Temps" zur Rechtfertigung der Note ausführt, hat nicht einmal auf die französischen politischen Kreise überzeugend gewirkt. Es gibt hier manche Leute, die über diesen schwer verständlichen Vorstoß der französischen Regierung den Kopf schütteln und die Note nicht als das letzte Wort Frankreichs in dieser Angelegenheit gelten lassen wollen.

Weiterer Fall der Mark.

Berlin, 2. August. Im Zusammenhang mit dem katastrophalen Sturz der deutschen Mark (nachmittags hat der Dollar 820) erreicht, nimmt die Gärung in deutschen Arbeiterkreisen jeden Augenblick zu. Ganz Deutschland hat wieder eine neue Streikphase ergriffen. In Berlin haben die Angestellten der Untergrundbahnen mit großer Mehrheit beschlossen, in den Streik zu treten, falls ihre Forderungen nicht erfüllt werden. Die Borsigwerke sind infolge des Streiks der Heizer und Maschinisten stillgelegt. Die Leute des Warenhauses Wertheim streiken. Die Lage ist sehr ernst, und es ist mit einer Ausdehnung des Streiks zu rechnen.

Die Frage der interalliierten Schulden.

Berlin, 3. August. In einer Rundnote an Frankreich, Italien, Südslawien, Rumänien, Portugal und Griechenland, die von Balfour am Dienstag abend herausgegeben wurde, legt die englische Regierung klar, warum die Kassierung der alliierten Schulden unmöglich ist. Die Verpflichtung Englands, seine eigenen in Amerika gemachten Schulden zu bezahlen, gestattet es nicht, daß alle Forderungen Englands gegenüber den Alliierten und bezüglich der Entschädigungen kassiert werden. England bittet also die europäischen Schuldner, einen definitiven Plan für die Amortisation der Schulden, wenn auch zu späteren Terminen, vorzubereiten und erwartet die Antwort im Laufe des kommenden Monats, damit seine Vertreter nach Amerika mit endgültigen Vorschlägen abreisen können.

Paris, 3. August. Die englische Note über die Fragen der interalliierten Schulden ist dem Quai d'Orsay heute zugegangen, sie wird, wie man annimmt, an französischer amtlicher Stelle nicht tragisch genommen. Man faßt sie nicht als das letzte Wort Englands in dieser Angelegenheit auf, sondern bemerkt dazu, die englische Regierung habe die Vereinigten Staaten nur daran erinnern wollen, daß die Fragen der interalliierten Schulden von dem Problem der amerikanischen Schuldenforderungen an England nach englischer Auffassung nicht getrennt werden können.

Wiederanbahnung überseeischer Beziehungen.

Die erste deutsche Firma in Amerika wieder eingesetzt.

Berlin, 1. August. Das Neuyorker Gericht verkündete ein Urteil, welches die deutsche Firma Orenstein & Koppel, deren Vermögen während des Krieges liquidiert und verkauft wurde, in die früheren Rechte einsetzt. Es ist dies das erste Urteil dieser Art nach dem Kriege.

Handelsbeziehungen mit Australien eröffnet.

London, 1. August. Reuter meldet aus Melbourne, Australien nimmt heute den Handelsverkehr mit Deutschland wieder auf. Die Verordnung, die die Einfuhr aus ehemals feindlichen Ländern von einer besonderen Erlaubnis des Ministers für Zölle abhängig macht, bleibt indessen bis auf weiteres in Kraft.

Neue Schiffslinie Neuyork—Bremen.

Neuyork, 1. August. Eine in Neuyork veröffentlichte, aber noch unbestätigte Nachricht spricht davon, daß die White Star Line beabsichtigt, einen neuen Dienst zwischen Neuyork und Bremen einzurichten.

Deutsch-argentinische Freundschaftserklärungen.

Berlin, 29. Juli. Der Geschäftsträger der Republik Argentinien in Deutschland, Dr. Pedro Gueselega, wurde heute von dem Reichskanzler in persönlicher Audienz empfangen. Der argentinische diplomatische Vertreter brachte im Auftrage des neugewählten argentinischen Staatspräsidenten Dr. de Tevear, den aufrichtigen Dank an den Reichspräsidenten für die Einladung zum Ausdruck, vor seinem Amtsantritt Deutschland zu besuchen. Er verband damit das außerordentliche Bedauern, durch zwingende Umstände verhindert zu sein, der Reichsregierung diesen Dank nicht persönlich zum Ausdruck bringen zu können, da es ihm kurz vor seiner Abreise nach Argentinien an Zeit fehle, nach Deutschland zu kommen. Dieses Bedauern sei um so größer, als Deutschland durch enge und unveränderliche Freundschaftsbande mit Argentinien verknüpft sei. Er werde bemüht sein, auch während der Dauer seiner Amtszeit die innige Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern nach Kräften zu fördern.

Ein Aufruf der Sozialistischen Konferenz in Amsterdam.

Neulich fand in Amsterdam eine Konferenz der Vollzugsausschüsse der beiden sozialistischen Internationalen und der Berufsinternationale statt. Ergebnis der Beratungen war die Herausgabe eines Aufrufs an die Arbeiter der ganzen Welt, in dem bekundet wird, daß es die Pflicht der Arbeiter aller Länder sei, die deutsche Demokratie in ihrem Kampfe gegen die Reaktion zu unterstützen, daß der Ruin Deutschlands den wirtschaftlichen Verfall Europas bedeutet, daß man den Deutschen durch Erteilung eines internationalen Kredits helfen müsse. Der Aufruf kritisiert dann die Politik der Entente gegenüber Deutschland, besonders die militärische Besetzung, und betont, daß diese Politik nur für die deutsche Reaktion zum Guten ausschlägt. Man müsse die deutschen Schulden durch Herabsetzung der interalliierten Schulden vermindern. Der Aufruf fordert die Vereinigten Staaten zur Mitarbeit an der Rettungsaktion auf, fordert ferner die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und wendet sich schließlich an die Arbeiter mit der Aufforderung, im Kampfe gegen die Reaktion zugunsten des Friedens, der allgemeinen Abrüstung und des Wiederaufbaus Europas alle Kräfte anzuspannen.

Aus Polen.

Diplomatische Nachrichten.

Der Völkerbundsdelegierte der polnischen Regierung, Professor Askenazy, ist in Warschau eingetroffen.

Der Leiter des diplomatischen Departements im Außenministerium, Morawski, tritt seinen Urlaub an. Er wird von dem Leiter der Nordabteilung, Dr. Jackowski, vertreten.

Der polnische Generalkonsul in Hamburg, Srokowski, hat die Konsulatsstellen in Deutschland kontrolliert und ist in Warschau eingetroffen, um einen Bericht darüber zu erstatten.

Warschau, 1. August. Herr Arthur Śliwiński, der durch seine Berufung als Ministerpräsident seinerzeit den Posten des Vizepräsidenten der Stadt Warschau verließ, soll nun zum Wojewoden ernannt werden.

Warschau, 1. August. Die griechische Regierung ernannte ihren ersten Vertreter bei der polnischen Regierung. Es ist dies Herr Mavroudis, der Herrn Narutowicz das Beglaubigungsschreiben im Charakter eines Botschafters überreichte.

Ordensverleihungen.

Warschau, 1. August. Der italienische Gesandte Tomassini und der Chef der italienischen Militärmission, General Romei, wurden vom Staatspräsidenten mit dem Orden Polonia restituta ausgezeichnet.

Erhöhung der Löhne in Oberschlesien.

Kattowitz, 1. August. Am 31. Juli fanden Beratungen zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Industriellen bezüglich der Erhöhung der Arbeiterlöhne statt. Da die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, wurde die Angelegenheit einem Sonderausschuß überwiesen, der aus drei Arbeitern, drei Industriellen und einem Bergrat der Wojewodschaft als Schiedsrichter besteht.

Ostgalizischer Aufstand?

Breslau, 1. August. Nach Meldungen der galizischen Presse kann kein Zweifel darüber bestehen, daß in Ostgalizien gegenwärtig Zustände herrschen, die einem Aufstand nicht unähnlich sind. Die polnischen Blätter, die nur andeutungsweise berichten, müssen zum Beispiel zugeben, daß von ukrainischer Seite Post, Telegraphen und Eisenbahn schwer gestört werden und daß auch bewaffnete Zusammenstöße zwischen kleineren Trupps der Bevölkerung und polnischem Militär vorgekommen sind — Wir geben diese Meldung mit Vorbehalt wieder, halten sie aber angesichts der Lage der ukrainischen Minderheit nicht für unmöglich.

Bulgarien fordert ein Moratorium.

Berlin, 2. August. Die bulgarische Regierung fordert in einer neuen Note an den Wiedergutmachungsausschuß ein dreijähriges Moratorium.

Griechenland und Konstantinopel.

London, 1. August. Der griechische Geschäftsträger übergab gestern die Note der Athener Regierung, deren gleichlautender Text bereits in Paris und Rom übergeben worden war. Die Erregung, die in vielen offiziellen und inoffiziellen Kreisen, wenn auch nicht gerade in Regierungskreisen, durch die beiden aufeinanderfolgenden griechischen Noten hervorgerufen worden war, hat jetzt einer kühleren Beurteilung der Sachlage Platz gemacht. Man ist sich hier anscheinend darüber klar geworden, daß die Gefahr, daß Griechenland eine aggressive Haltung gegen die Großmächte einnehmen könnte, niemals bestanden hat. Der griechische Minister des Äußern hat seine Zusicherung gegeben, daß Griechenland nicht beabsichtige, auf Konstantinopel zu marschieren, wenn es diesen Schritt nicht mit Genehmigung der Mächte unternehmen kann, und daß alle Maßnahmen getroffen werden, um einen Zusammenstoß oder unliebsame Zwischenfälle an der thrazischen Grenze zu verhindern.

Venizelos' Meinung.

Wie aus Genf gemeldet wird, hat Venizelos in einem Interview mit englischen Journalisten erklärt, er betrachte den geplanten griechischen Angriff auf Konstantinopel als einen Akt nationalen Selbstmordes. Er sei der Ansicht, daß König Konstantin und sein Kabinett Griechenland den schwersten Gefahren aussetze, falls sie die Zukunft ihres Landes tatsächlich in die heikle Lage bringen, die sie mit ihrem Vorgehen androhten.

Italien warnt.

Rom, 1. August. „El Mondo" erfährt, die Consulta wies den Vertreter Italiens in Athen an, gegenüber der griechischen Absicht eines Handstreichs in Konstantinopel in großer Wachsamkeit mit den Alliierten darauf zu bestehen, daß auf keinen Fall die Neutralität Konstantinopels oder Syriens verletzt werden dürfe. Es stehe fest, daß von London und Paris bereits sogar in militärischer Hinsicht Anordnungen getroffen sind, die den Zweck haben, die Absicht der Griechen zu vereiteln.

Die italienische Krise.

Facta zum zweiten Mal beauftragt.

Rom, 31. Juli. Der König hat heute, nachdem sowohl Orlando als de Nicolas abgelehnt haben, Facta aufs neue mit der Kabinettsbildung beauftragt. Ob diesem die Aufgabe gelingt, wird noch bezweifelt. Er soll versuchen, sein Kabinett auf Mehrheit zu stützen, die sich aus der Popolarpartei (die Facta gestürzt hat. Die Red.), den Gruppen der Rechten und Demokraten zusammensetzt. Kommt sein Kabinett zustande, so werden ihm eine ganze Anzahl der bisherigen Minister wieder angehören.

Facta hatte im Laufe des Tages mit Vertretern der verschiedenen parlamentarischen Gruppen Besprechungen. Die Sozialisten drohen mit dem Generalstreik, wenn die Krise nicht auf Grund der von der Kammer angenommenen Tagesordnung gelöst wird. Tittoni wurde heute vom König empfangen.

Das neue italienische Kabinett.

Rom, 3. August. Das neue Kabinett ist unter Vorsitz von de Facta gebildet worden. Außenminister ist Schanzer, Kolonien: Amendola, Innenminister: Taddi, Justiz: Alessio, Finanzen: Bertoni, Schatzminister: Baratore, Kriegsminister: Soleri, Marine: de Vitto, Kultusminister: Anile, öffentliche Arbeiten: Riccio, Landwirtschaft: Bertini, Industrie: Rossi, Arbeits- und Wohlfahrtsminister: Dellasbarba, Post und Telegraphen: Fulta, für die besetzten Gebiete: Lucciano. Was den politischen Charakter des Kabinetts betrifft, so unterscheidet es sich nicht von dem vorigen. Beteiligt sind an ihm die Demokraten, die Popolari und die Reformisten. Dagegen sind die radikalen Parteien nicht vertreten. Die Vertreter der Demokraten sind: Alessio, Lucciano und Soleri. Die Linkspresse tritt scharf gegen das neue Kabinett auf. Sie führt aus, daß eine solche Lösung der Krise mit dem Parlamentsbeschluß, der auf die Notwendigkeit der Einberufung einer Regierung Links-Mitte hinweist, im Widerspruch steht.

Generalstreik in ganz Italien.

Rom, 1. August. Heute ist in ganz Italien der Generalstreik ausgebrochen, der bisher ruhigen Verlauf nahm. In Rom verkehren die Straßenbahnen nicht, die Zeitungen haben ihr Erscheinen eingestellt. In den Straßen sind starke Militärpatrouillen zu sehen. An den Mauern erblickt man Anschläge mit einer Verfügung der Präfektur, die Versammlungen, den Automobilverkehr und den Verkauf von Benzin verbietet. Der Eisenbahnverkehr wird nur teilweise aufrechterhalten. Die Mobilisierung der Faszisten ist ruhig vor sich gegangen.

Rom, 2. August. Die Streiklage hat sich nicht verändert. Der Parteivorstand der Faszisten hat einen Aufruf erlassen, der die Arbeitgeber auffordert, die streikenden Arbeiter zu entlassen, da es an Leuten, die gern arbeiten, nicht fehlt. Der Aufruf fordert alle Faszisten auf, in der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag in Bereitschaft zu stehen.

Brutale Ausschreitungen der Faszisten.

Rom, 3. August. In Ravenna ist Ruhe eingetreten. Die Faszisten haben die Stadt verlassen. In Empoli und Pontederri in der Nähe von Florenz ist es zu Zwischenfällen gekommen. Die Faszisten haben in diesen Städten Volkshäuser und Kooperative und sogar Privathäuser der Sozialisten demoliert.

Sowjetrußland.

Lenins Befinden weiter beunruhigend.

Moskau, 1. August. Den letzten Berichten zufolge ist der Gesundheitszustand Lenins weiter beunruhigend. Lenin hatte seinerzeit einen Schlaganfall bekommen. Deutsche Ärzte haben elektrische Massagen angeordnet, nach denen der Kranke den Gebrauch der Sprache wiedererlangte. Nach sechswöchiger Krankheit verließ Lenin das Bett, aber ein neuer Schlaganfall nahm ihm wiederum die Sprache und bewirkte eine Lähmung beider Beine. Gegenwärtig ist der Gesundheitszustand Lenins als sehr ernst anzusehen. Die Sprache kehrt nur allmählich zurück. Lenin ist jedoch nicht imstande, sich aus eigenen Kräften zu bewegen. Nach der Ansicht der Ärzte hat die Wiederholung des Schlaganfalls eine bedeutende Schwäche herbeigeführt. Ein dritter Anfall würde unzweifelhaft den Tod bringen. An eine Rückkehr zur Arbeit ist bei Lenin nicht zu denken, weil die geistige Anspannung einen neuen Anfall zur Folge haben könnte. Die Weiterreise Lenins ist also unmöglich. Man beabsichtigte, ihn in die Bäder des Kaukasus zu transportieren oder inkognito nach Deutschland zu schaffen. Dieses geschah jedoch nicht. Gegenwärtig weilt Lenin in einem Dorfe in der Nähe Moskaus.

Vollstreckung der Todesurteile gegen die Sozialrevolutionäre.

Warschau, 2. August. Aus Moskau wird gemeldet: In einer Sitzung des Weik (Allrussisches Hauptvollzugskomitee) wurde die Stellung der Sowjetregierung zu dem erwarteten Urteil im Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre erörtert. Karachan, Domski, Rykow und Kalinin waren dafür, daß die Berliner Verpflichtungen eingehalten werden müssen. Trotzki verlangte, daß die eventl. Todesurteile vollstreckt werden, insbesondere jene gegen Hoc, Timosief und Doski. Infolge der Stimmenzersplitterung wurde kein Beschluß gefaßt. Am nächsten Tage wurde in der Sitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei unter dem Eindrucke des Auftretens Trotzkis und Bucharis, trotzdem Rykow, Siemiaszkow, Kurski und Jakowienko dagegen waren, der Beschluß gefaßt, die Regierung müsse die eventl. Todesurteile sofort vollstrecken lassen und zwar mit Rücksicht auf die sich unter der Bevölkerung und dem Militär bemerkbar machende Gärung.

Politische Tagesneuigkeiten.

Zulassung Deutschlands zum Völkerbund. Der Parlamentsausschuß der Völkerbundunion in London hat eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß die Zulassung Deutschlands in der nächsten Versammlung von der größten Wichtigkeit für den Frieden Europas sei. Die Regierung wird ersucht, alle zweckmäßigen Schritte zu tun, um die deutsche Regierung zu veranlassen, um die Aufnahme in den Völkerbund zu ersuchen.

Kommission für intellektuelle Zusammenarbeit. Im Sekretariat des Völkerbundes tritt am Dienstag die Kommission zum Studium der Frage der intellektuellen Zusammenarbeit zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Die Kommission besteht auf zwölf Mitgliedern, darunter zwei Frauen. Deutschland wird durch Einstein vertreten sein.

Wiederaufnahme des Seeverkehrs auf der Ostsee. Der Streik der Seeleute ist beigelegt und der Betrieb der Seeschiffahrt wieder aufgenommen. Auch der gesamte Ostseebäder-Personenverkehr von Stettin nach Swinemünde, Heringsdorf, Insel Rügen, sowie der Regierungsdienst Swinemünde—Pillau nach Ostpreußen ist wieder eröffnet.

Streikdrohung der französischen Seeleute. Der Nationalkongreß der französischen Seeleute nahm eine Resolution an über die Durchführung des Achtstundentages und beschloß, den Generalstreik zu proklamieren, wenn der Präsident die Verordnung ratifiziere, die eine Verlängerung des Arbeitstages vorsieht.

Republik Polen.

† **Politische Bauernorganisationen** haben einen Beschluß gefaßt, welcher fordert, daß die Sejmmandate Leuten anvertraut werden sollen, die entsprechende Schulbildung besitzen.

† **Revision des Programms der Mittelschulen.** Das Kultusministerium hat eine Revision des bisherigen Programms der Mittelschulen durchgeführt. Es sind eine Reihe von entsprechenden Änderungen vorgenommen worden, die der bisherigen Praxis gemäß als notwendig erkannt worden sind. Diese Änderungen betreffen alle Mittelschultypen und werden mit Beginn des neuen Schuljahres in Kraft treten. U. a. ist bezüglich der obligatorischen polnischen Lektüre mit Rücksicht auf die gegenwärtige Verlagskrise eine Reduktion durchgeführt worden.

Deutsches Reich.

** **Überschwemmung im Warthebruch.** Die Überschwemmung in den Warthebruchgemeinden übt auch eine verheerende Wirkung auf den Verkehr aus. Die einzelnen Gehöfte sind nur mit Kähnen zu erreichen. Die Ernte ist vollkommen vernichtet. Da die Not der Bevölkerung außerordentlich groß ist, bereisen Vertreter der Regierung und der Landwirtschaftskammer das Überschwemmungsgebiet, um geeignete Maßnahmen für eine Hilfsaktion zu treffen.

** **Diskonterhöhung der deutschen Reichsbank.** Wie der „Deutsche Handelsdienst" meldet, hat das Reichsbankdirektorium den Diskontsatz von 5 auf 6 Prozent erhöht.

** **Großfeuer in einer Berliner Schupokaserne.** Montag in der 10. Abendstunde brach in der Elisabethkaserne in Charlottenburg, in der zurzeit Schutzpolizei liegt, ein Großfeuer aus, wodurch die Reichswehr-Kammerbestände vernichtet wurden. Das Munitionslager der Polizei konnte nach großen Anstrengungen gerettet werden. Gegen Mitternacht gelang es, das Feuer einzudämmen. Der Materialschaden geht in die Millionen.

** **Unterdrückung der deutschen Presse im Rheinland.** Die interalliierte Rheinlandkommission hat die in Gummersbrach erscheinende „Gummersbacher Zeitung" am 1. August für drei Monate verboten, weil angeblich ein Artikel darin besonders geeignet ist, die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gefährden; außerdem die „Bergisch-Märkische Zeitung" in Elberfeld ab 1. August für einen Monat, weil ein Artikel „Streiflichter" angeblich geeignet ist, die Besatzungstruppen „zu verletzen", da in ihm die sexuellen Ausschreitungen der Truppen gerügt werden.

** **Ein schauriger Waffenfund in Deutschland.** Der deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen teilt mit: „Auf Grund einer anonymen Anzeige hat die Berliner Kriminalpolizei das deutsche Stadion nach Waffenverstecken untersucht und eine Kiste Handgranaten gefunden. Allerdings waren es nur hölzerne Übungshandgranaten, die von den Armeemeisterschaften im Juli stehen geblieben waren. Die Heeresverwaltung ist ersucht worden, die „Waffen" abzuholen, so daß das Betreten des Stadions wieder ganz „ungefährlich" ist." Auch ängstliche Gemüter können nun wieder beruhigt sein.

Danksagung.

Beim Hinscheiden unseres lieben **Kurt** sind uns seitens aller Freunde und Bekannten soviel herzliche Teilnahmen und zahlreiche Kranzspenden dargebracht worden, wofür wir hierdurch unsern tiefsten Dank aussprechen. Insbesondere Herrn Pastor Meister für seine trostreichen Worte, sowie dem Posaunenchor für die unserm Verstorbenen erwiesene Ehre.

[8366 **Familie Schwarz.**

Tarnowo, August 1922.

Die beiden am 4. und 25. Oktober 1921 stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlungen haben beide Male einstimmig beschlossen, **die Genossenschaft aufzulösen.**

Alle Gläubiger der Verbandsbank werden ersucht, ihre Ansprüche **bis zum 1. September d. Js.** bei der Bank, ul. Seweryna Mielżyńskiego Nr. 23, anzumelden. [8338

Poznań, den 28. Juli 1922.

Verbandsbank, S. z. z o. o., in Liquidation.

Borowicz. Weich.

„Tygodnik dostaw" na II. Targach Wschodnich

5.—15. IX. 1922.

(Wochenschrift der Lieferungen auf d. II. Ostmesse 5.—15. IX. 1922.)

8100] **Tygodnik dostaw w Lwowie (Lemberg)** wird für die II. Ostmesse 3 umfangreiche Nummern erscheinen lassen. Die Nummern werden während der Dauer der Messe auf dem Ausstellungsplatze und allen öffentlichen Lokalen kostenlos verbreitet werden.

Anzeigen für diese Nummern werden bis zum 15. August d. Js. angenommen.

V. Internationale Messe zu Prag

vom 3. bis 10. September 1922.

Begünstigungen: 75% Nachlass auf Visumtaxe, 33% Ermässigung der Bahnfahrt.

Nähere Auskünfte erteilt das **Konsulat der Tschechoslowakischen Republik in Poznań,** Plac Sapieżynski 8, wo auch Legitimationen und Messeabzeichen zum Preise von 500 Mk. poln. erhältlich sind.

Privat-Handelsschule

Neue Kurse. [8267

Buchführung, Rechnen, Handelskorrespondenz, Stenographie. Maschinenschreiben, Handelsbetriebslehre, Wechsel- und Scheck-lehre, Nationalökonomie, Wirtschaftsgeographie. Deutsch, Polnisch, Esperanto usw.

Sprechzeit des Schulleiters, **Poznań, ul. św. Wojciech 29,** von 2—3 und ausnahmsweise von 7—8 Uhr.

— — — Schulhaus im Zentrum der Stadt. — — —

Pole m. etw. Vermögen sucht Beteiligung an irgend einem Unternehmen.

Offerten unt. **P. S. 8350** an d. Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Zur Lemberger Ost-Messe

erscheinen je zwei umfangreiche Propaganda-Nummern der einzig in Polen dastehenden und in interessierten Handels- und Industriekreisen bestens eingeführten nachstehenden

Wochenfachblätter:

„Kupiec" (Der Kaufmann)
Aeltestes und grösstes Wirtschaftsblatt in Polen (Verbandsorgan).

„Rynek metalowy" (Der Metallmarkt)
Einzige Fachzeitung für die Eisen-, Metall- u. Stahlwaren-Industrie, wie auch elektrotechnische Artikel und Baumaterialien — (Verbandsorgan).

„Skóra i obuwie" (Leder und Schuh)
Einziges Fachblatt für Leder- und Schuhwarenindustrie u. Handel (Verbandsorgan).

„Drogerzysta" (Der Drogist)
Grösstes Fachblatt für Chemie u. Pharmazie (Verbandsorgan der Drogisten in Polen).

„Przegląd włóknisty" (Die Textilrundschau)
Einziges Fachblatt in Polen für Textilwarenhandel u. Industrie (Verbandsorgan).

Sämtliche obige Fachzeitungen erscheinen wöchentlich in einem Umfange gewöhnlich von 20 bis 40 Seiten.

Für die betreffende Industrie und den Grosshandel bietet der **Reklameteil** dieser Fachzeitungen grosse Vorteile.

Sämtliche Anfragen und Bestellungen sind zu richten an [8315

Verlagsgesellschaft „Kupiec", Poznań-Posen,

Grösster Zeitungsverlag in Polen.
Verlagsdruckerei im eigenen Fabrikgebäude.

Harder'sche Kartoffel-Ausgraber

Kartoffel-Rüben-Gabeln

offeriert [8146

Woldemar Günter

Landwirtschaftl. Maschinen u. Bedarfsartikel, Fette und Oele,

Poznań, ulica Sew. Mielżynskiego Nr. 6 (früher Viktoriastraße.) — **Telephon 52-25.**

Meine Fabrikate:

Starke Breitdreschmaschinen
mit Automobillagern, größte Leistung, leichtester Gang, reinster Drusch.

Kräftige Trommel-Häckselmaschinen [2085 b
in gediegener Ausführung, Messer aus bestem Stahl geschmiedet.

Getreidereinigungsmaschinen u. Windfegen
in hochvollendeter Ausführung.

kaufen Sie bei mir für billigste Preise.

Lager aller Maschinen u. Ackergeräte.

Reparaturen schnell und billig.

Maschinenfabrik und Eisengießerei
K. Mielke, Chodzież, früher **Kolmar.**

Maschinen- Motoren- Zylinder- usw. **Oele** — Kamelhaar- Baumwoll- Hanf- **Treibriemen**

Maschinen- Wagen- Heißlager- **Fette** — Hoch- und Niederdruck- **Packungen**

Klingerit- Asbest- Gummi- **Platten** — Gummi- Hanf- Spiral- **Schläuche**

Wasserstands- Reflexions- Vasen- **Gläser** — **Draht-Seile**

Tropfölapparate, Stauffer buchsen, Putzwolle usw.

offerieren [2099 b

Sander & Brathuhn

Poznań, ulica Seweryna Mielżyńskiego 23 (Bauhütte). Telephon 4019.

Bekanntmachung.

Auf Grund der vorläufigen Ausführungsbestimmungen zum Gesetz, das Tabaksmonopol betreffend, hat das Finanzministerium mit dem heutigen Tage folgende Preise festgesetzt:

Bezeichnung	Gattung	Detailpreis für 1000 Stück einschliessl. der Monopolbanderolle
Doktorskie mit Mundstück	mittel A.	8.500,—
Dubec 15 „	„ A.	8.500,—
Dubec 100 „	fein B.	10.000,—
Dessert „	„ B.	10.000,—
Baronesse „	„ B.	10.000,—
Dubec extra „	„ A.	12.000,—
Drosma „	„ A.	12.000,—
Mimoza „	sehr fein B.	15.000,—
Mon plaisir „	„ „ B.	15.000,—
Bogatyr „	„ „ A.	18.000,—
Dubec d'or 4 platt ohne Mundstück	„ „ A.	18.000,—
Esculape rund ohne Mundstück	Luxus B.	20.000,—
Dubec d'or 6 platt ohne Mundstück mit Gold	„ B.	20.000,—
Dubec d'or 12 platt ohne Mundstück	„ B.	20.000,—
Madros platt ohne Mundstück mit Gold	„ A.	25.000,—
Xam rund ohne Mundstück	„ A.	25.000,—

Auf die Detailpreise gewähren wir bei einmaliger Abnahme unter 50 000 Stück Zigaretten 10% Rabatt, bei 50 000 Stück Zigaretten und mehr 12% Rabatt.

Poznań, den 1. August 1922.

Fabryka papierosów

„Dubec" M. Droste

w Poznaniu. [8361

Jos. Bromberg in Lubicz bei Toruń

En gros und détail.

Landwirtschaftl. Maschinen
Nähmaschinen verschied. Fabrikate
Milchzentrifugen, Buttermaschinen, Miele u. Milena.
Rheinmetall u. Zenit-Zentrifugen — Zentrifugen - Gummiringe und Fahrrad-Bereifung.

Stets grosses Lager zu Ausnahmepreisen. [8348

Erstklass. Preßtorf

zu Tagespreisen in großen und kleinen Posten ab Lagerplatz Gostyn gibt ab [8233

Paul Schulz, Gostyn.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A
Wolnica.

Freitag, den 4. August, abds. 7½ Uhr,
Sonnabend morgens 6½ Uhr, vormittags 9½ Uhr.
nachm. 4½ Uhr Mincha.
Sabbatausgang. abends 8 Uhr 31 Min.

Werktags-Andacht.
Morgens 6½ Uhr und abends 7½ Uhr.

Synagoge B
(Israel. Brüdergemeinde), Ulica Dominikańska.
Freitag, den 4. August, abds. 7 Uhr mit Predigt.
Sonnabend, den 5. August, vorm. 10 Uhr.

Werktags-Andacht.
Morgens 7 Uhr und abends 7¼ Uhr.

Techn. Staatsbeamter,
37 J., kath., anjehnl. Erschein., **sucht passende Bekanntschaft zwecks Heirat,** wirtschaftlich mit Vermögen. Off. mit Bild, welches zurückgesandt wird, unter **M. L. 8362** an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Junge Dame,
27 J. alt, evangel., mit eigen. Wohnung u. Einricht., wünscht netten, gebildeten Herrn (bis 35 Jahre) in gesich. Position, **zwecks späterer Heirat** kennen zu lernen. Gefl. ausf. Angeb. m. Bild unt. **8356** an **d. Geschäftsstelle d. Blattes** erb.

Ankäufe u. Verkäufe

Poln. Briefmarken
kauft zu höchsten Preisen **Albr. Kohler, Stuttgart, Mehlstr. 26.**

Zahle höchste Preise
für alte Garderobe, Pelze, Wäsche, Schuhe, ärztliche Instrumente, Zahngebisse, Bruchbänder, Brillen, Möbel, Bücher und sämtliche altertümliche Gegenstände.

Kallmannsohn
św. Marcin 34.

Zu verkaufen:
1 Schlafzimmereinrichtg.,
1 Herrenschreibtisch,
1 Ausziehtisch, [8346
1 Schaukelstuhl,
1 Wanduhr (Freischwinger),
alles in Nußbaum.
Zu besichtigen 1—3 Uhr.
ulica Bukowska 17, II l.

Verschied. Garnituren
Militär-Stanzmesser.
1 Lochmaschine,
1 Nähmaschine
preiswert zu verkaufen.
J. Weiß, Poznań, Stary Rynek 53/54.

Ein fast neues **Klavier** (Roenisch) f. 700000 M. sofort **zu verkaufen.** Offerten unt. **8349** an d. Geschäftsstelle d. Bl.

Zu verkaufen:
1 vornehmes
Tafelservice
12 Personen [8360
Sew. Mielżyńskiego 2 II., r.

Zu verkaufen:
1 Kinderbett,
1 Kinderbadewanne,
1 Kindertisch u. Stuhl,
1 Kinderspielstuhl,
1 Kinderbor [8359
Sew. Mielżyńskiego 2 II., r.

Zu verkaufen:
1 Waschkessel,
1 kleines Spind,
Kragen, Stulpen, Gerümpel [8358
Sew. Mielżyńskiego 2 II., r.

Zum Streik der Landarbeiter!

Bei diesem schlechten Wetter, das schon die Ernährung der Bevölkerung gefährdet, ist von den städtischen Führern der ländlichen Arbeiter ein Streik vom Zaune gebrochen worden, obwohl die Männer beim Mähen jetzt täglich über 4000 M. außer dem ihnen sonst zukommenden Deputat verdienten. Die Arbeiter haben, wie uns von verschiedenen Seiten berichtet wird, gar keine Neigung zum Streik gehabt und verurteilen selber dieses für die Bevölkerung so gefährliche Vorgehen ihrer Führer. Der „Rote Verband", der eine verständigere Führung zu haben scheint, läßt nicht mitstreiken, was ebenfalls für die Zukunft Folgen haben wird, da die Verbandsleitung ihren Vertrauensmännern in ihrem Rundschreiben erklärt hat, daß sie nicht in der Lage sei, die Streikgelder zu bezahlen, sondern daß die Besitzer die Löhne nachzahlen würden. Ob sich die Besitzer gefallen lassen werden, daß städtische Sekretäre, die auf Prozente der Arbeitslöhne angestellt sind, sie zwingen wollen, diese Beträge zu zahlen, erscheint ungewiß. Aber sicher ist es in den Augen aller Städter ein Verbrechen, bei diesem Erntewetter einen Streik hervorzurufen, der die Ernte gefährdet, die Qualität des Brotes verschlechtert und verteuert und die Arbeitslosigkeit in den Städten unbedingt vermehren muß.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 3. August.

Vortrag im Deutschen Handwerkerverein.

Der Deutsche Handwerkerverein Posen, der auf eine 60jährige Tätigkeit zurückblickt und augenblicklich die Periode einer Satzungsumgestaltung durchmacht, hatte auf Dienstag abend nach der Loge eine Sitzung einberufen, auf deren Tagesordnung ein Vortrag des Fleischermeisters Wilh. Jaretzki über das gewerbliche Versicherungswesen stand. Nach einleitenden Worten des Versammlungsleiters Mix nahm der Vortragende das Wort zu seinen Ausführungen, deren Material er zum Teil aus Rücksprachen mit zuständigen Behörden schöpfte.

Er sprach über Krankenkassenwesen, Invaliden- und Angestelltenversicherung, Unfallversicherung usw. Das Krankenkassenwesen ist durch das Gesetz vom 19. Mai 1920 bedeutend vereinheitlicht worden. Die verschiedenen Kassen, wie Ortskrankenkassen, Innungskassen und dergl. sind aufgelöst worden, und es besteht jetzt nur die einheitliche Kreiskrankenkasse, die alle Berufe umfaßt. Die Stadt Posen bildet einen Bezirk für sich. Bei der Erörterung der Höhe der Krankengelder und -beiträge wies der Redner auf die Lücken in der Gesetzgebung hin, die in den niedrigen Geldleistungen, die den jetzigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen, zum Ausdruck kommen. Die Verteilung der Beiträge ist nach der neuen Bestimmung so, daß der Arbeitgeber drei Fünftel und der Arbeitnehmer zwei Fünftel zu tragen hat; früher war es umgekehrt. Für die Invalidenversicherung kommt augenblicklich nur die höchste Klasse für alle Versicherten in Betracht. Der wöchentliche Beitrag beträgt 30 M. Diese Summe wird vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte getragen. Die Angestelltenversicherung sieht als Höchsteinkommen, das als Grundlage für die Berechnung der Beiträge dienen soll, 300 000 Mark vor. Nach der vorliegenden Novelle, die bald Gesetz werden soll, wird hierin keine Grenze gezogen. Der Beitrag würde aber in der höchsten Klasse 480 Mark betragen. Die Unfallversicherung bildet in der Landwirtschaft ein besonderes Gebiet für sich. Zum Schlusse seiner Ausführungen erörterte der Redner die Haftpflichtversicherung, deren Wichtigkeit er an guten Beispielen nachwies.

An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Aussprache. Aus ihr gewann man den Eindruck, daß der Vorstand eifrig bemüht ist, die Mitglieder über alles, was sie interessiert, nach bestem Wissen zu unterrichten. Kritisiert wurde die Ausnutzung der Krankenkasse bezüglich des Krankengeldbezuges. Von seiten der Krankenkasse sei hier schon ein Riegel vorgeschoben worden, indem sie eine Kommission ins Leben gerufen habe, die ihr zweifelhaft erscheinende Krankheitsfälle auf den „Grad" ihrer Krankheit hin prüft. Auch von den Arbeitgebern müsse in der Richtung gewirkt werden, daß derartige Fälle nicht überhand nehmen.

Es wurde dann das Urlaubsgesetz verlesen.

Herr Wolkowitz regte dann die Wiedereinrichtung des Fragekastens an; seiner Anregung wurde entsprochen.

Zum Schluß wurde noch die neue Satzung erörtert, die in der Hauptversammlung am 5. September beraten werden soll. Neben dem Vereinsvorstand sieht die Satzung einen Arbeitsausschuß vor, der sich aus den Vertrauensmännern der einzelnen Berufsgruppen zusammensetzen soll. Es sind im ganzen fünf Gruppen aufgestellt worden, und zwar: 1. Nahrungsmittelgewerbe, 2. Bekleidungsgewerbe, 3. Baugewerbe, 4. Metallbearbeitung und 5. verschiedene Gewerbe. Auf je zehn Mitglieder soll ein Vertrauensmann kommen.

Schließlich wurde noch mitgeteilt, daß Ende September das Stiftungsfest des Vereins gefeiert werden soll.

Das kaufmännische Wahlrecht. Das Gesetz über die Kaufmannsgerichte schreibt im § 13 folgendes vor: „Das Wahlrecht besitzen Personen beiderlei Geschlechts, welche das 21. Jahr vollendet, in dem Bezirk des Kaufmannsgerichts ihren Wohnsitz haben oder als kaufmännische Angestellte tätig und wenn sie Bürger des polnischen Staates sind. Die im § 10 Absatz 1, 2—5 bezeichneten Personen haben kein Wahlrecht. In § 5 letzter Absatz ist der Betrag von 5000 M. auf den Betrag von 1 200 000 M. abgeändert. Im § 16 Absatz 1 verändert sich die Summe „300" in „30 000". Dem Minister des Innern wird die Vollmacht erteilt, neue Wahlen der Vorsitzenden und Beisitzer der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte auszuschreiben. Die neuen Bestimmungen treten in den früheren preußischen Teilgebieten mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft und kommen auch bei noch nicht erledigten Streitsachen zur Anwendung." (Dz. Ust. R. P., den 22. Juli 1922.)

× **Der gestern früh ausgebrochene Landarbeiterausstand** hat bei weitem nicht alle Güter betroffen, sondern beschränkt sich z. Zt. auf einige 70 Güter. Ziemlich große Ausdehnung hat er in den Kreisen Posen-West und Gnesen genommen. Auf vereinzelten Gütern haben die Arbeitnehmer nach nur sechsstündigem Ausstande die Arbeit zu den vom Schiedsgericht ausgesprochenen Bedingungen (50 v. H. Zulage zum Julilohn) wieder aufgenommen. Hoffentlich folgen die übrigen Ausständigen bald diesem sehr vernünftigen Vorgehen in ihrem eigenen Interesse und dem der Allgemeinheit.

Der Butterpreis steigt weiter. Die Kommission beim Milchwirtschaftlichen Reichsverbande in Bromberg hat für die Woche vom 3. bis 10. August den Preis für Butter für das ganze ehemalig preußische Teilgebiet ab Produktionsort festgesetzt: für erste Sorte 1200 M., für zweite Sorte 1100 M.

Miljonówka. Bei der Miljonówkaziehung am Sonnabend fiel der Gewinn auf Nr. 1 811 095.

× **Geglückter Schwindel.** Bei einer Familie im Hause Wallischei 56 erschien gestern eine Frau. Der allein anwesenden 6jährigen Tochter erklärte sie, von ihrer Mutter mit dem Auftrage geschickt zu sein, sich den Kinderwagen herausgeben zu lassen. Das ahnungslose Kind gab den Wagen, und die Frau fuhr damit eilig von dannen. Hinterher stellte es sich heraus, daß die Frau eine abgefeimte Schwindlerin war.

× **Bestohlen** wurde gestern auf dem Hauptbahnhofe ein Durchreisender um seinen Koffer, in dem sich eine Schreibmaschine im angeblichen Werte von 666 000 Mk. befand. Die Nummer der Schreibmaschine kann der Bestohlene nicht angeben.

× **Ein großer Einbruchsdiebstahl** wurde gestern in die Wohnung eines Bankbeamten im Hause Wielkie Garbary 34 (früher Große Gerberstr.) verübt. Gestohlen wurden Wäsche- und Kleidungsstücke im Werte von einer halben Million Mark.

* **Bromberg**, 1. August. Am Donnerstag voriger Woche, 8 Uhr früh, wurde der Fleischermeister Artur Fischer aus Bromberg, als er mit seinem Wagen zum Vieheinkauf über Land fuhr, auf der Kujawier Chaussee in der Nähe des „Roten Kruges" von zwei Banditen überfallen. Diese bedrohten ihn mit dem Revolver und verlangten die Herausgabe seines Geldes. F. übergab ihnen dieses dann auch in Höhe von etwa 200 000 M. Nachdem die Räuber sich davongemacht hatten, begab sich der Überfallene nach dem „Roten Krug", um die Kreispolizei zu benachrichtigen. Ein Beamter der Kreispolizei nebst dem Förster, dem Gastwirt und dem Überfallenen veranstalteten darauf eine Streife im Walde, die auch den Erfolg hatte, daß die beiden Verbrecher aufgescheucht wurden. Sie flüchteten nach der Chaussee, wo gerade drei Telegraphenarbeiter beschäftigt waren. Diese riefen ihnen ein „Halt!" entgegen worauf einer der Verbrecher einen Schuß auf die Arbeiter abgab, der aber fehlging. Darauf schoß einer der Arbeiter auf die Banditen und verwundete den einen so schwer, daß er mehrere Stunden später verstarb. Der andere wurde festgenommen; bei jedem der Verbrecher fand man 80 000 M.

* **Kulmsee**, 1. August. In der Nacht zu Mittwoch verhaftete die Nachtpatrouille des Staatspolizeipostens in Griffen einen Mann, der ein Herrenbeinkleid in der Hand trug. Es stellte sich auf Grund der im Jackett seines Anzuges befindlichen Papiere heraus, daß der Anzug einem Kulmseer Bürger gestohlen worden war. Mit der Verhaftung hat die Patrouille einen sehr guten Griff getan, denn der Dieb war aus dem Zuchthause in Crone a. Br. entwichen und trieb sich unter falschem Namen herum.

* **Danzig**, 1. August. Nach den Feststellungen des Statistischen Amtes in Danzig war die Steigerung der Lebenshaltungskosten im Juli ganz beträchtlich höher als im Mai und Juni. Danach beträgt die Durchschnittsteuerungszahl für Juli 3458,81 gegenüber dem 15. Juli von 2840,28. Dies bedeutet eine prozentuale Steigerung von 21,8 Prozent. Einschließlich der monatlichen Bekleidungskosten ist die Teuerungszahl im Juli 1914 gleich 100 gesetzt, im Juli 1922 auf 4544 gestiegen; ohne die Bekleidungsausgaben lauten die entsprechenden Verhältniszahlen 100 und 3978.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	1. August	2. August
4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka)	180 + A	175 + A
Kwilecki, Potocki i Ska.	300—310 + N	320 + N
Bank Poznański	195 + N	—,—
Bank Przemysłowców (exkl. Kup.)	200—190 + N	195—200 + A
Polski Bank Handlowy, Poznań	320—325 + N	330 + N
Pozn. Bank Ziemian I.—IV. Em.	180 + A	180 + A
Arcona	390 + N	400 + N
R. Barcikowski	—,—	190 + N
H. Cegielski I.—VIII. Em.	285—300 + N	280—320 + N
Centrala Rolników I.—V. Em.	—,—	175 + A
Hartwig Kantorowicz	—,—	600 + A
Herzfeld-Viktorius	390 + N	400 + A
Juno	—,—	360 +
Dr. Roman May	960—950 + N	965—970 +
Tri	190 + N	—,—
Bentzki I. Em.	—,—	575—585 +
Zjedn. Browary Grodziskie	—,—	215—210 +

Auszahlung Berlin 855—840. Umsatz: 11 315 000 dtsch. Mark. Dollars 6150. Belg. Franks 480.

A. — Angebot, N. = Nachfrage. + — Umsatz.

Berliner Börsenbericht

vom 2. August.

Diskonto-Komm.-Anleihe	389.—	Polnische Noten	11.75
Danziger Priv.-Aktienbank	240.—	Auszahlung Holland	30 000.—
Ostbank	203.—	„ London	3450.—
Hartmann Masch.-Aktien	810.—	„ Neuyork	777.50
Phönix	1570.—	„ Paris	6275.—
Schuckert	810.—	„ Schweiz	15 000.—
Hapag	507.—	Koehlmann-Stärke	1722.—
$3\frac{1}{2}$% Pos. Pfandbriefe	—.—	Ungarische Goldrente	970.—
Auszahlung Warschau	11875		

= **Danziger Börse** vom 3. August. Polnische Mark 12,10, Dollar 820.

Verantwortlich: für Politik: J. B. Theodor Kanta; für Kunst, Wissenschaft und Handel: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: B. Sikorski. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.

Offerieren solange vorrätig:

Deutsche Kalidüngesalze,

die in Kürze hier eintreffen, und bitten um baldige Bestellungen.

Poznański Bank Ziemian
Tow. Akc.
Departament Rolniczo - Handlowy.
Centrala: Poznań, ulica Podgórna 10.
Telephon 13-93, 13-94, 36-93, 36-97.

Bestellungen können auch an unsere Filialen gerichtet werden:
Warszawa, ulica Mazowiecka 1. Tel. 151-97, 507-70.
Bydgoszcz, ulica Gdańska 165. Tel. 310.
Grudziądz, ulica Józefa Wybickiego 25. Tel. 795 i 895.
Ostrów, ulica Kaliska 1. Tel. 180.
Leszno, Rynek 13. Tel. 13. [389

Tücht., erfahrener Führer
für stationären 100 PS. Dieselmotor bei hohem Lohn und Deputat zum baldigen Antritt aufs Land gesucht. Ausführliche Bewerbungen unter „Motorführer 8354" a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Hauslehrer(in) 8352
zu zwei Kindern von 11 u. 13 Jahren gesucht. Bewerbungen an Gutsbesitzer Nolting, Lubowo, pow. Gniezno.

Für sofort oder später wird ein unverheirateter
Hofbeamter
gesucht. Erfahrung in Pferdepflege, Kenntnis in Schweinezucht (Herdbuchzucht) Bedingung. Zeugnis und Gehaltsansprüche sind zu senden an von Becker, Grudzielec, p. Brunow, Pleszew. 8319

Suche zum 15. August oder später selbständige, nicht zu junge (8353
Wirtin
für einen sehr großen Landhaushalt, absolut firm in ihrem Fach. Reichliches Hilfspersonal vorhanden. Zeugnisabschriften, Bild und Gehaltsansprüche sind einzusenden an
Frau Ilse Büttner, Rittergut Schönsee (Jeziórki-Kosztowskie), Post Nieżychowo, Kr. Wyrzysk.

Gesucht zum 1. September
eine intell. Dame
mittl. Alters zur selbständigen Führung eines landwirtschaftlichen Gutshanshaltes. Gründliche Erfahrung i. allen Zweigen des landwirtschaftlichen Hauswesens Bedingung, ebenso Kenntnis der polnischen Sprache. Gehalt nach Uebereinkunft. Nur gutempfohlene Damen mit langjährigen Zeugnissen wollen sich mit Beilegung ihrer Photographie schriftlich wenden an [8348
die Gutsverwaltung des Dom. Kaniewo, Post Włocławek—Boniewo (Kongreßpolen).

Perfekte [8351
Stenotypistin,
der deutschen und polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig, sofort gesucht. — Bewerbungen m. kurz. Lebenslauf und Zeugnisabschr. an Danziger Siemensgesellschaft m. b. H. Bau- u. Installationsbüro Grudziądz, Plac 23. Stycznia 18.

Photogr. Atelier
„beim Schloss"
(Sw. Marcin 37).
Moderne Porträts
für Legitimationen.
Auf eilige Photographien kann gewartet werden.

Fensterglas
in allen Sorten,
Glaserkitt,
Glaserdiamanten,
Bilderleisten
liefert L. Zippert, Gniezno.

Prima Kamelhaar-Dreschtreibriemen
liefern sofort [8091
Sander & Brathuhn,
Poznań, ulica Seweryna Mielżyńskiego 23.
Telephon 4019.

Teerprodukte: Steinkohlenteer, Klebemasse, Teerpeche, springhart und weich, Karbolineum usw. beziehen Sie prompt und billig bei: [8355
Carl E. Kühn, Danzig, Weidengasse 59. Telephon Nr. 6837.

Grauen Haaren
gibt die Naturfarbe unter Garantie wieder
„Axela"
Haar-Regenerator
Flasche 300 Mk. bei J. Gadebusch, Poznań, Nowa ul. 7 od. Axela G. m. b. H. Berlin N. 4, Schröderstr. 1.

Tüchtige Stenotypistin
per sofort gesucht.
Huggerbrauerei, Tow. Akc.

Klavier-Spieler(in)
wird von gleich gebraucht.
„Pax" Weinstuben und Diele, [383
ul. Sew. Mielżyńskiego 22.

Suche zum baldigen Antritt für größere Genossenschaftsbrennerei u. Trocknerei
jung. Gehilfen oder Lehrling.
Off. unter R. S. 8363 an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Wohnungen

Erstklass. Referenzen. Gesucht ab heute **ein möbliert. Zimmer** im Stadtzentr. für einen soliden Studenten. Angebote unter 8365 an die Gschst. d. Bl. erb.

Möbliert. Zimmer an besseren Herrn zu vermieten. Off. unter 8364 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Frauenzeitung des Posener Tageblatts.

Rhythmischer Wechsel von Schwäche und Kraft.

Es ist schon viel über die Regelmäßigkeit eines Auf- und Absteigens des menschlichen Kraftgefühls geschrieben worden, nie aber ist von diesem periodenhaften Wechsel von Schwäche und Kraft die praktische Nutzanwendung gemacht worden. In ganz trefflicher Weise hat dies Fritz Klatt in seinem soeben bei Diederichs in Jena erschienenen Buche „Die schöpferische Pause" getan. Voll tiefer Einsicht über die Wichtigkeit der Erkenntnis der Periodizität alles Lebenden bringt er eine Fülle von Anregungen für Erziehung, Sozialethik und Hygiene. Wir geben hier eine Probe seiner lesenswerten Ausführungen. Er schreibt u. a. über den „Rhythmischen Wechsel von Schwäche und Kraft":

Bei all den Perioden draußen wie drinnen im Menschen ist immer wieder dasselbe: das Auf- und Abschwingen eines Rhythmus um einen Ruhekern herum. Die schwachen und für sich allein sogar schlecht klingenden Zeiten tragen die schöpferische Bedeutung der Pause in sich. Und diese Bedeutung muß zum Ausdruck kommen.

Es ist aber heute keineswegs so, daß der Mensch diese seine dunklen Tage anerkennt oder gar liebt und pflegt. Die meisten wüten vielmehr gegen ihr eigenes Gesetz. Wer eine kraftvolle Natur hat, zwingt sich, an diesen Schwächetagen genau so zu leben als sonst, also genau so viel Nahrung aufzunehmen und genau so viel Arbeit zu leisten als sonst. Das heutige Leben, das ganz nach Minutenzeiger und Zentimeterstab ausgerichtet ist, zwingt ja ohnehin jeden einzelnen von Jugend auf zu maschinenhaften Gewohnheiten und läßt jedes Auflehnen der eigenen Natur dagegen — auch wenn es einmal aus der Tiefe der Besinnung kommt — ungeprüft unterdrücken. So lebt der mit viel Energie ausgestattete Mensch über seine Schwächetage hinweg auf Kosten seiner zunächst unerschöpflich scheinenden Lebenskraft, so lange bis dieser Vorrat eben doch erschöpft ist und es in irgend einer Gestalt zum Zusammenbruch kommt. Von Zeit zu Zeit kommt es bei solchen starken Naturen zu irgend welchen Katastrophen, etwa zu schweren Krankheiten oder zu Perioden gesteigerter Genußlichkeit alkoholischer oder sexueller Art oder zu irgend welchen übertriebenen Sportgelüsten, vor allem aber zu Perioden unzugänglicher und reizbarer Gesinnung gegen nahestehende Menschen. Und das ist der beste Fall. In den schlimmen Fällen führt dies achtlose Hinwegleben über die Schwächezeiten irgendwann sogar zu einem endgültigen Zusammenbruch des Lebens. Die Menschen können dann wohl häufig noch außen hin ruhig weiterleben, aber sie haben für den, der näher zusieht, einen Riß (einen Knacks), den sie gewöhnlich vor sich und anderen zu verbergen suchen, der aber da ist und der, je älter sie werden, desto klaffender wird.

Die Menschen von geringer Lebensenergie dagegen geben sich ihren Schwächetagen gänzlich hilflos hin, als wären sie niemals wieder gefolgt von Tagen des Aufschwungs. Sie schaffen sich allmählich ein immer mehr verdunkeltes Leben. Zunächst wechseln noch Aufschwünge und Abstürze jäh miteinander. Schließlich aber bekommen sie irgendwann einmal ein Grausen vor den (wie sie meinen) dunklen Mächten in ihrem Innern. Sie können sich nicht mehr aufschwingen, weil sie zu sicher schon den Absturz vorher wissen. So verzweifeln die Schwachen am Leben, wie die Starken daran zerbrechen, beide, weil sie das Gesetz der Schwächewiederkehr nicht zu beachten gelernt haben oder immer wieder diesem Gesetz wissentlich widerstreben. Die rhythmischen Auf- und Abschwünge sind bei jedem Menschen nach einem ihm ganz allein eigenen Urklang gebildet. Es ist der Sinn der Pause, diesen Urklang des Selbst aus der Ruhelage neu entstehen zu lassen. Dieses Hinabschwingen und Hinaufschwingen aus der Ruhelage ist immer wiederkehrende Geburt und Wiedergeburt aus dem Chaos. Die Ruhe der Pause ist gewissermaßen der Grund, bis zu dem alle Schwingungen des Lebens, die kleinsten wie die größten, immer wieder hinabreichen müssen, wenn das Leben wirklich seinen vollen Eigenklang bekommen soll. In den Ruhekernen liegt die Entscheidung des Lebens beschlossen.

Die Frau der Zukunft.

Im Jahre 1960 wird nach einer Äußerung aus Amerika, wo bekanntlich schon jetzt den Frauen weitgehende Vorrechte eingeräumt sind, die Frau Herrin der Lage sein. Originelle Ansichten über die künftigen sozialen Verhältnisse äußert Rose Clare aus San Franzisko. Sie sagt da, daß zum Beispiel die Gleichberechtigung der Frauen der Beginn des Zeitalters der Frau sei, das sich in seiner ganzen Fülle im Jahre 1950 (falls wir noch leben) zeigen soll. Hören wir, was Rose Clare sagt: Im Jahre 1950 wird die Frau die Herrin der Lage sein. Die Mädchen werden sich den Männern erklären und nicht die Männer den Frauen, wie es bisher war. Die weiblichen Ehekandidaten werden von den Männern obligatorische hygienische Zeugnisse fordern. Die Frauen werden sich im Faustkampf üben, werden mit Flugzeugen fahren und an verschiedenen riskanten und halsbrecherischen Sports zahlreicher teilnehmen als die Männer. Massen von Frauen werden zu den Sportveranstaltungen gehen, wie es jetzt die Männer tun. Die meisten Frauen werden in Hosen und kurzgeschnittenen Haaren gehen. Sie werden eigene Scheckbücher haben, und das Schielen nach den Taschen der Männer wird als nicht mehr notwendig aufhören. Die ehelichen Dreiecke werden der dunklen Vergangenheit angehören, da die Frauen bei der Entscheidung über die Eheschließungen die Hauptstimme haben und sich ihre Männer vorsichtig wählen werden, die Bildung mit Tatkraft vereinigend. Auf allen Gebieten des sozialen Lebens werden die Frauen eine herrschende Stellung einnehmen; der unsympathische Typ des Politikers wird von der Bildfläche verschwinden, so wie der Schnaps verschwinden wird. Die Frauen werden im Staatspräsidium sitzen, und vielleicht wird eine der Frauen den Vorsitz führen.

Der moderne Aermel.

In außerordentlich vielen Formen erscheint der Ärmel in der neuesten Mode, und man kann sagen, daß es überhaupt keine Ärmelart gibt, die nicht modern und zeitgemäß wäre. Der Ärmel kann ganz eng und knapp sein, aber noch häufiger ist er so weit und fließend, daß er mehr Stoff braucht wie die Taille; er kann ganz kurz sein, aber meistens ist er sehr lang und fällt in Manschetten bis über die Fingerspitzen herüber. Der Ärmel kann auch — scheinbar widersinnig, aber das ist ja gerade das Schöne! — erst am Ellenbogen anfangen und den oberen Teil des Armes nackt lassen; er kann nach seiner Gestalt ein Pagodenärmel oder ein Tonnenärmel sein, oder er erscheint als Doppelärmel, indem aus dem eigentlichen Ärmel noch ein zweiter Spitzenärmel graziös hervorquillt. Der Ärmel kann geschlossen sein, indem er sich eng um das Handgelenk legt; sehr viel beliebter aber ist der offene Ärmel, der vom Ellenbogen aus in loser Form herabfällt. Und die große Mode ist der geschlitzte Ärmel, der schon im Winter seine Verehrerinnen hatte. Der Schlitz geht jetzt viel tiefer herab und läßt die Haut des Armes hervorlugen; seltener ist er durch ein Gewebe leicht verhüllt, das mit der Farbe des Kleiderstoffes harmoniert. Selbstverständlich hat man auch bei den historischen Ärmelmoden Anleihen gemacht, und neben dem langen schmalen Ärmel der Gotik erscheinen die breiten Ärmel, wie wir sie auf Bildern Raffaels finden, und die faltigen romanischen Ärmel. Nicht minder vielgestaltig als die Ärmellinie ist die Garnierung des Ärmels, die sich in einer verschwenderischen Fülle von Einfällen auslebt. Die Manschetten bestehen aus Spitzen oder plissiertem Tüll, sind mit einfarbigem, bestickten oder buntgemustertem Rand verziert. Es ist nicht ganz leicht, mit diesen kostbaren und weit überfallenden Manschetten zu hantieren; aber das muß gelernt werden. Die Manschette hat in Farbe und Stoff mit dem Kragen oder dem Jabot des Kleides übereinzustimmen. Überall sind Fransen angebracht. Bisweilen besteht auch der ganze Ärmel aus Spitze, und zwar nicht nur aus gewöhnlicher schwarzer und weißer Spitze, sondern aus bunten Spitzen oder Metallspitzen. Kurz, es gibt nichts, was nicht erfinderischer Schneidergeist bei diesen tausend Formen des modernen Ärmels verwenden könnte.

Umschau.

Dienstmädchenüberfluß in Dänemark. Am 1. November v. J. war in ganz Dänemark „Skiftedag", das heißt Ziehtag für Hausangestellte. Dabei zeigte sich, daß dort die Dienstbotennot ein Ende hat und daß jetzt das Angebot die Nachfrage übersteigt. Die Ursache dieses Umschwunges ist vor allem die schlechte Lage der Industrie. Viele Mädchen, die bisher in der Fabrik gearbeitet haben, sind arbeitslos geworden und suchen nun Hausarbeit. Die schlechte wirtschaftliche Lage bewirkt andererseits, daß viele Familien ihr Hauspersonal vermindern, so daß auch diese Stellen knapp geworden sind. Die Löhne sind stark gesunken. Während sie im vergangenen Jahre 80—100 Kr. monatlich betrugen, ist jetzt der Durchschnittslohn 50—60 Kr. Selbstredend dänische Kronen.

Drei Urgroßmütter als Paten bei der Urenkelin. Eine seltene Tauffeier fand kürzlich in St. Margareten statt. Bei einem kleinen Mädchen hatten drei Urgroßmütter nicht nur die Patenstelle übernommen, sondern sie waren auch trotz ihres hohen Alters bei der Feier anwesend.

Auf 100 Männer 110 Frauen in Polen. Das Statistische Hauptamt in Warschau veröffentlicht nachstehende Zahlen, durch die das zahlenmäßige Verhältnis der Männer zu den Frauen in der Republik Polen gekennzeichnet wird. Die Gesamtzahl der Bevölkerung Polens beläuft sich auf 25 372 447 Personen, darunter 12 094 891 Männer und 13 277 556 Frauen. Auf 100 Männer kommen demzufolge in Polen 110 Frauen. Wenn man noch die Militärpersonen hinzuzählt, so entfallen auf 100 Männer nur noch 107 Frauen. In Warschau wurden bei einer Bevölkerungszahl von 931 176 Personen gezählt, 422 243 Männer und 508 933 Frauen, d. h. in Warschau kommen auf 100 Männer sogar 121 Frauen. Das größte Gleichgewicht zwischen der Zahl der Männer und Frauen herrscht in den Wojewodschaften Podlesie und Wolhynien; hier ist das Verhältnis ungefähr 100 : 106. Nach Warschau hat den größten Unterschied zwischen den Zahlen der beiden Geschlechter die Wojewodschaft Posen aufzuweisen, wo auf 100 Männer 114 Frauen entfallen.

Gesundheitspflege.

Hornhaut und Schwielen unter den Fußsohlen zu entfernen. Hühneraugen und verhärtete Haut, auch Hornhaut und Schwielen genannt, die ersteren meist auf den Zehen, letztere unter den Fußsohlen sich bildend, sind jene Quälgeister der Menschen, die ihm Gehen und Wandern erschweren, ja zur Last machen können. Dabei sind sie immer selbst verschuldet, entstehen sie doch durch dauernden Druck oder Reibung infolge schlecht passenden oder zu engen Schuhwerks. Neben der Wahl bequemer, weiter Fußkleidung muß aber auch durch gründliche Behandlung auf ihre Beseitigung gedrungen werden. Am besten kommt man zum Ziel, wenn man sie allnächtlich mit 8—10facher feuchter Einpackung bedeckt, dick mit wollenem Wickel umwunden, erweichen läßt. Am anderen Morgen muß dann das Erweichte durch Schälen oder Schneiden mit dem Messer entfernt werden. Die letzten Reste werden am besten durch aufgelegte Läppchen mit Zitronensäure und nachfolgendes Abreiben der erweichten Hornhaut mit feuchten Tüchern beseitigt. Allerdings muß das ganze Verfahren mit Ausdauer und Geduld bis zur gänzlichen Beseitigung aller Hornreste durchgeführt werden, um eine Neuentwicklung zu verhüten.

Gestörter Schlaf in hellen Sommernächten. Es ist keine Einzelerscheinung, daß nervöse Menschen über vermehrte Schlaflosigkeit oder unruhigen Schlaf im Sommer klagen. Nicht selten wird sofort ruhiger, erquickender Schlaf eintreten, wenn das Schlafzimmer durch dichte oder farbige Vorhänge soweit verdunkelt wird, daß es auch an hellen Sommernächten die erwünschte, zum ungestörten Schlaf nötige Dunkelheit erhält. Unter allen Farben sind dunkelgrün gefärbte Vorhänge den Nerven am zuträglichsten, worauf beim Umwandeln weißer in farbige besonders zu achten ist.

Ein vorzügliches Linderungsmittel bei Durchfällen Erwachsener wie Kinder sind Heidelbeeren in gedörrtem Zustande. Sauber verlesen, werden sie entweder in der Sonne oder in der Ofenröhre gedörrt. In vorkommenden Fällen gibt man den an Diarrhöe Leidenden einige getrocknete Beeren zum Kauen. Infolge ihrer stopfenden Eigenschaft bewirken sie baldige Heilung.

Praktisches.

Wie verhütet man das Schimmeln der Fruchtsäfte. Fruchtsäfte jeder Art setzen sehr leicht an der Oberfläche Schimmel an, der vor Gebrauch unbedingt heruntergenommen werden muß. Durch dieses Herunternehmen geht aber immer ein bestimmtes Quantum Saft mit verloren. Was bei den heutigen hohen Herstellungskosten des Saftes sehr bedauerlich ist. Will die Hausfrau diese Schimmelbildung verhüten, so wendet sie Paraffin an, den sie als dünne Decke über den Saft gießt. Man läßt dazu das nötige Quantum Paraffin auf dem Feuer zergehen, gießt darauf recht vorsichtig soviel über den erkalteten Saft, wie zu einer dünnen Decke notwendig ist und verschließt darauf die Gefäße mit Pergamentpapier. Das Paraffin erkaltet sehr schnell und bildet eine vollkommen luftdichte Abschlußdecke über dem Fruchtsaft. Auch Gelbes, überhaupt jedes Eingemachte, kann man auf diese Weise luftdicht abschließen. Es wird niemals eine Spur von Schimmel vorhanden sein. Wird das Gefäß mit Saft nun in Gebrauch genommen, so wird der Paraffindeckel sorgfältig heruntergenommen und in einem anderen Gefäß gesammelt, denn man kann dasselbe Paraffin nach Umschmelzen abermals für andere Säfte oder Kompotte als Verschlußdeckel benutzen.

Rezepte.

Pilznudeln. Ein halbes Pfund Bandnudeln und 100 Gramm am Abend zuvor eingequellte getrocknete Pilze werden jedes für sich weichgekocht, dann die Pilze feingewiegt unter die abgetropften Nudeln gemischt, beides in Fett recht rasch abgeröstet, mit einem verquirlten Ei übergossen, mit gewiegter Petersilie überstreut, fleischlos zu Tisch gegeben.

Kaffeeschnitten. ½ Pfund weißer Käse, ½ Pfund Kunstbutter, ½ Pfund Mehl, 1 Päckchen Vanillezucker läßt man gut vermischt 24 Stunden stehen, dann rollt man den Teig aus, befeuchtet ihn dünn mit flüssig gemachter Margarine, streicht ein zerquirltes, mit Zucker oder etwas Süßstofflösung gemischtes Ei darauf, schneidet den Teig in Schrägstreifen und backt dies auf dem Blech im heißen Ofen gar.

Birnentorte. 1½ Kilogramm halbierte frische oder eingemachte Birnen werden in Zuckersaft mit etwas Zitronensaft weichgeschmort, worauf man sie abtropfen läßt. Aus 300 Gramm Mehl, 200 Gramm Butter, 120 Gramm Zucker, zwei Eigelb und zwei Teelöffel Rum wird dann ein Teig geknetet, den man dünn, zu einem großen runden Tortenboden ausrollt, mit einem Rand versieht und halb gar bäckt. Dann belegt man den Boden direkt mit den geschmorten Birnen, schlägt von drei Eiweiß einen zum Schneiden steifen Schnee, zieht ihn mit Vanillezucker und übergießt die Birnen damit.

Der Schwiegersohn.

Skizze von Hedwig Stephan (Altona).

Frau Maria fürchtete sich beinahe vor dem Verlobten ihrer Tochter. Er wußte immer so sehr genau, was er wollte, und konnte diesen Willen so meisterhaft auch anderen aufzwingen.

Besonders Agnes lag ganz und gar in seinem Bann; sie hatte nur noch seine Ansichten, seinen Geschmack, förmlich sein Geschöpf war sie, seine Sklavin. Sie liebte ihn über alles Maß, schrankenlos, kritiklos. Nie hätte die Mutter geglaubt, daß in ihrem sanften, scheuen Kinde eine so große Leidenschaft schlummere.

Und sie mußte sich in acht nehmen, um nicht merken zu lassen, wie die Ausbrüche dieser Leidenschaft sie mitunter störten und abstießen. War nicht auch etwas Eifersucht dabei?

Ganz gewiß. Denn Mutter und Tochter waren so eng miteinander verbunden gewesen, so harmonisch, daß der neue Ton, den Eberhard in ihr Leben brachte, der Mutter fast wie ein Mißklang erschien.

Sie saßen, wie immer nach dem Abendessen, noch zusammen. Frau Maria am Tisch unter der Hängelampe, mit einer Näharbeit, Agnes und Eberhard in der „Kuschelecke", wie sie das kleine Rundsofa neben der Bibliothek getauft hatten.

Es gab zwischen der Mutter und Eberhard wieder einen halben Disput über Abhärtungstheorien. Eine kalte Abspülung des Morgen, behauptete er, sei das Gesündeste, und die Mutter widersprach.

„Nicht für Agnes, lieber Sohn; dazu ist sie viel zu zart."

„Zart? Vielleicht. Aber eben, weil sie verzärtelt worden ist. Und ich finde eine Frau, auf die man ewig Rücksicht nehmen muß —"

Agnes rückte dicht an ihn heran und legte beide Hände um seinen Arm.

„Das sollst Du bestimmt nicht, Eberhard — und schwächlich bin ich gar nicht, ich kann so viel aushalten, weißt Du — bloß Mutti läßt mich ja immer nicht!"

Eberhard nickte zufrieden.

„Na also, siehst Du wohl! Und morgen kannst Du's gleich beweisen, bei unserer Wanderung."

„Bei Eurer Wanderung?" Die Mutter faltete die Hände fest unter dem Tisch zusammen. „Aber Eberhard — Agnes hustet doch noch so!"

„Husten wird bekanntlich im Freien besser."

„Der Arzt meinte aber — —"

„Ach die Ärzte!" Er zuckte mit den Achseln. „Die stellen ja meist solche Diagnosen. Meinen besten Freund hat mir einer zu Tode kuriert — seitdem bin ich da etwas mißtrauisch. Luft, Sonne, naturgemäße Lebensweise — da kommt gar keine Krankheit an den Menschen heran."

Indessen Frau Maria kämpfte diesmal hartnäckig.

„Wo doch aber Agnes nun den Husten schon hat — — Eberhard, ich bitte Dich herzlich, verschiebt es noch —"

Er schnippte nervös mit den Fingern.

„Also schön, dann schließe ich mich eben Reimanns an. Ich will gleich mit Georg sprechen — und Du kannst morgen in Ruhe Deinen Husten pflegen, Maus."

Er erhob sich, aber Agnes hielt ihn zurück, mit großen, angstvollen Augen. Gewiß ging Reimanns Schwestere mit, die schöne Lotte, und dann würde sie krank werden vor Aufregung — —

„Auf keinen Fall, Hardi — auf keinen Fall! Es bleibt dabei, Du holst mich um sieben ab, hörst Du? Sonst komm' ich zu Dir —"

Eberhard lächelte und strich ihr mit seiner großen, energischen Hand die Haare aus dem Gesicht.

Wie Frau Maria diese Bewegung haßte! Sie hatte Agnes bei ihrer hohen Stirn und den etwas vorstehenden Schläfen das weiche Blondhaar stets in tiefe lockige Scheitel gelegt — so reizend stand ihr das! — und nun kam dieser fremde Mann und wollte, daß sie es ganz glatt hintenüber trug — unvorteilhaft sah sie damit aus und elend —

Jetzt beugte er sich zu ihr herab, nahm sie in die Arme wie ein Kind und drückte langsam seine Lippen auf die ihren.

Erschauernd empfing sie seinen Kuß — ganz ineinander versunken standen sie da, und die Mutter wandte sich ab und verließ wortlos das Zimmer. — — — — — — — — — —

Am nächsten Morgen wehte ein häßlicher, rauher Ostwind; trotzdem nahm Agnes den Pelz nicht mit, den die Mutter ihr aufdrängen wollte. Hardi würde das „pimplig" finden.

Die Rückkehr war erst gegen Abend vorgesehen, aber bereits am Frühnachmittag war das Brautpaar wieder da; Eberhard in sehr übler Laune und Agnes fiebernd und mit rasenden Kopfschmerzen.

Der Arzt, den die geängstigte Mutter noch vor Einbruch der Nacht holen ließ, schüttelte den Kopf.

„Aber, kleine Agnes, was haben wir denn angestellt? Wie? Eine Tagestour heut, bei diesem Wetter, und ich hatte doch Stubenarrest verordnet — das ist ja geradezu grober Unfug! Wie? Der Bräutigam —? Ach, das ist der Herr, der immer alles besser weiß!" Der freundliche alte Mann wurde ganz ironisch und abweisend.

„Ja, meine verehrte Frau, dann lassen Sie wohl besser das Fräulein Tochter von dem Verlobten weiterbehandeln — unerhört ist das ja, unerhört — —"

Vier Wochen lag Agnes mit schwerer Lungenentzündung. Als sie zum ersten Mal wieder das Bett verließ, war sie nur noch ein bleicher Schatten.

Viel Trost gab der Arzt nicht.

„Sie hat einen Knacks weg. Schonung, Schonung und dreimal Schonung und nicht die mindeste Anstrengung, weder körperlich noch geistig. Und Bräutigamsbesuche vorderhand auf keinen Fall! Überhaupt — heiraten — —"

Frau Martha fühlte die Verpflichtung, Eberhard zu verständigen. Er schwieg lange, biß sich auf die Lippen, dachte an Rassenhygiene, an die Kosten, die eine kränkliche Frau verursacht, und an Lotte Reimann, die Blühende, Gesunde, die ihm ihre Neigung kaum verheimlichte.

„Ja, liebe Mama — unter diesen Umständen — so unsagbar schwer es mir wird, zu verzichten — vielleicht kann ich mich später wieder nähern, wenn Agnes ganz genesen ist —"

Die Mutter starrte ihn groß an — er mißverstand den Blick.

„Aber natürlich, wenn Du glaubst, daß Agnes zu sehr darunter leiden würde — —"

„Agnes wird durch Dich leiden und ohne Dich," sagte die Mutter. „Augenblicklich ist sie so apathisch, daß sie, glaube ich, von Deiner Existenz kaum eine Ahnung hat."

Da zog Eberhard seinen Ring ab und verabschiedete sich, förmlich und verletzt.

— — — — — — — — — — — — — —

Auf einer Bank im Garten der Heil- und Pflegeanstalt von Dr. O. in Ch. sitzt ein junges Mädchen. Sie ist von fast überirdischer Schönheit; blondes Haar umgibt in tiefen Wellen ein schmales, süßes Gesicht. Auf dem Schoße hat sie einen Korb mit zusammengeknoteten Bindfäden, die sie sich bemüht, auseinanderzuwirren. Dabei plappert sie eintönig vor sich hin.

Ein Arzt kommt den Gang herauf, bleibt bei ihr stehen und streicht ihr das Haar aus dem Gesicht.

Da erwacht in ihren leeren Augen ein unruhiges Leben.

„Hardi —? flüstert sie. Und dann: „Hardi — Agnes ist noch gar nicht müde — ganz weit kann Agnes noch gehen — so weit — nicht böse sein, bitte, bitte — —"

Der Arzt spricht ein paar leise, beruhigende Worte und entfernt sich wieder. Und im Weitergehen hört er sie noch murmeln: „Weit — so weit — so weit —"